

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 14. Mai 1918

Anzeigepreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinfomale usw. 15 Pfennig die Zeile; Stühle, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 56

Der Pfingstfeiertag wegen erscheint Nr. 59 erst am 23. Mai. Die für die Zeit vom 19. bis 22. Mai bestimmten Bekanntmachungen, Inserate usw. müssen bis Donnerstag, 16. Mai, vorliegen.

## Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Zur Tariffage der Hilfsarbeiter (Schluß). — Vom Verbandsorgan. — Gau Frankfurt-Oberhessen. — Gau Alt der Saale. — Wohnungsfragen: Kommunale Sorgen und Maßnahmen. — Die Wiederaufnahme der Bauwirtschaft. — Der Wohnungsbedarf in den Jahren der Übergangswirtschaft. — Der Reichstag über die Wohnungsnote. — Volkswirtschaft: Rekordüberflüsse und Kleinstlebenslöhne. — Korrespondenzen: Berlin. — Bromberg. — Dresden. — Essen (M. S.). — Rundschau: Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerstarbeiter. — Gehilfenprüfungen. — Alfred-Norden-Dumont-Stiftung. — Erscheinen der Tagespresse zu Pfingsten. — Die Arbeiterauschüsse bei der Eisenbahn. — Stilllegung des Betriebes infolge Kohlenmangels. — Schwere Beurteilungen.

## Zur Tariffage der Hilfsarbeiter

Am den zwei ersten Sonntagtagen von 1913 hielt der Deutsche Buchdruckerverein in Meß eine seiner Hauptversammlungen ab. Die Tariffage der Hilfsarbeiter hatte dabei eine Rolle, die so recht zeigte, daß die Gehilfenschaft direkt von den Schwierigkeiten erfaßt wird, die durch den in dieser Frage bei den Prinzipalen bestehenden Qualitätsmangel: tarifsgemeinschaftsfremdlich und tarifabscheulich, herbeigerufen werden. Die „Selbstkritik“ brachte ein Stimmungsbild über die Meßer Verhandlungen, aus dem sich ergab, als ob die Gehilfen die Ständebüchse wären. Daß sich Maschinenmeister geweigert hatten, für streikende oder ausgesperrte Hilfsarbeiter Ersatz anzulernen und eine Kündigungsfrist wegen dieser Absehnung als Maßregelung betrachteten, wurde als „Verstoß gegen die tariflich übernommenen Pflichten“ und als „grobe Verletzung des Sinnes und Geistes der Tarifgemeinschaft“ bezeichnet. Die Prinzipalität wandte sich dagegen, daß die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker als „Sentrakraftaffaktion für die Organisation anderer Arbeitergruppen“ angesehen werde. Eine prinzipielle Regelung der Hilfsarbeitertariffage herbeizuführen, bildete den Ausgang der Debatten in Meß über die Angelegenheit, die auch in bezug auf Verkleppung der preußischen Wahlrechtsreform so ähnelte. Wir haben damals das Erforderliche zu dieser Art von Beurteilung gesagt, die auf die unausbleiblichen Auswirkungen mehr Gewicht legt als auf die Ursachen, die zu einem reichlichen Teile bei den Prinzipalen liegen.

Die Feuerungszulagenbewegung 1917/18 hat den ganzen Wirwar mit einer Eindringlichkeit dargelegt, daß man beim Verfolgen der Vorgänge in Zweifel gerät, ob das wirklich sich im Buchdruckergewerbe abspielte. Zunächst sollte es mit den wenig berühmten Empfehlungen gehen. Von den Grobdruckfabriken gaben Berlin, München und Stuttgart das bessere Beispiel; es wurde vereinbart und schon dadurch die Nichtbefriedigung über das Erreichte etwas eingedämmt. In andern Grobdruckfabriken folgten die Prinzipale weniger oder mehr freiwillig auf diesem Wege. Wieder in andern wurde einfach bekanntgegeben, daß so und so viel Feuerungszulage gegeben wird. Diese Methode verschmupfte selbstverständlich, es wurde aber doch zu mancher Korrektur gedrängt.

In Leipzig hielt man sich von Vereinbarungen mit den Hilfsarbeitern am weitesten entfernt, stellte einseitig Richtlinien für die Feuerungszulagen auf und soll sogar eine Konventionalfraße von 300 Mk. für Überschriften derselben ausbedungen haben. In einer Reihe von Leipziger Druckereien, Großfirmen nicht zuletzt, haben sich Konflikte auf dem Lohngebiet abgepielt. In den meisten Geschäften aber haben die von der örtlichen Leitung der Hilfsarbeiterorganisation in Angriff genommenen Einzelverhandlungen zu Bewilligungen geführt, die von den Richtlinien sich erheblich entfernen. In Leipzig sind nämlich die Hilfsarbeiterlöhne traditionell niedrig. Wenn man die zwischen Berlin und Leipzig vorhandene Lokalaufschlagsdifferenz von 5 Proz. berücksichtigt, soll sich noch ein erheblicher Abstand

ergeben. Mitte des Jahres 1917 gab es noch Firmen mit 13,50 bis 14 Mk. Mindestlohn für Anlegerinnen. Darmstadt, Kassel, Steffin und ähnliche Städte waren in der Zeit von 1912 bis Mitte 1917 dem groben Leipzig in den Lohnverhältnissen voraus. Wenn auch nicht in jedem Falle — zu verwundern ist, wie einige Großfirmen ihren Standpunkt zu behaupten vermochten —, so doch überwiegend gelang nunmehr eine beträchtliche Erhöhung der Löhne; manchmal auch erst unter der Ankündigung von Druckmitteln. Der Prinzipalvorkant war über das Ausspielen der Firmen gegeneinander durch die Hilfsarbeiterleistung naturgemäß gar nicht erbaut, und es gab Rundschreiben mit der Mitteilung von Sicherungsmaßnahmen, deren eine schon erwähnt wurde, die etwas andres betrafen, als Stärke der Prinzipalposition verrieten. In Leipzig gibt es in der Tariffage der Hilfsarbeiter zwei Richtungen. Aus Prinzipalversammlungen hat man gehört, daß diejenigen, die nach außen eine ablehnende Haltung vertreten, Verhandlungen mit der Hilfsarbeiterorganisation usw. als unfruchtbar bezeichnen müssen, ihren Kollegen begreiflich zu machen versuchen, daß man so nicht mehr weiter kommt.

Andererseits wieder zeigen Prinzipale, bei denen sonst immer Verständnis zu finden ist, eine Halsstarrigkeit in dieser Frage, die erstaunlich ist. Die nationalliberale Fraktion im preußischen Landtage mit ihrer zwiespältigen Stellungnahme zur Wahlrechtsfrage gibt da auch einen Vergleichsfall. Die Erfahrungen von Jahre 1914 mögen da noch nachspielen, denen selbst der Verbandsvorstand der Hilfsarbeiter nicht unheilvoll gegenübersteht, wie im ersten Artikel schon erwähnt wurde. Wenn das Vorgehen der Hilfsarbeiter 1917/18 in Leipzig nur neue Verstimmung erzeugt hat in den leitenden Prinzipalkreisen, so sollte man sich doch auch darüber klar werden, daß durch die aufgestellten Richtlinien wie durch die Ablehnung von Verhandlungen die Leipziger Hilfsarbeiter ja auf den Weg dieser Selbsthilfe gedrängt worden sind. Die abstrakte „unbehinderte Freiheit beider Teile unter Ausnutzung der Konjunktur“ als den zweiten Teil des in der „Solidarität“, dem Organ der Hilfsarbeiter, freigestellten Entweder — Oder hat eben hier schon eine praktische Erprobung erfahren, die den Prinzipalen einen Vorgeschmack liefern könnte, wie es allgemein kommen dürfte, wenn diese Zweifelselbsttheorie und unglückliche Zauberpolitik vollends in die Sackgasse geführt hat.

Der Tarifgemeinschaftsgedanke hatte, wie im ersten Artikel gesagt, gute Wurzeln bei den Hilfsarbeitern. Das prinzipalseitig bereits im Jahre 1907 von Hamburg und Leipzig aus die „Allgemeinen Bestimmungen“, „Interpreten“ wurden, war der erste Meßstein, der sich auf den Tarifgemeinschaftsfrühlingstraum legte. Die zwei Jahre darauf von Dresden mit größerem Nachdruck als in andern ablehnenden Druckorten erfolgte Verwerfung eines Tarifvertrages erregte in ihrer Hartnäckigkeit auch bei den Prinzipalen peinliches Aufsehen. Im Jahre 1912 gingen die Prinzipalvereine in Magdeburg und Strahburg i. E. ihre eignen Wege betreffs des Haftungsvertrages, an dessen Zustandekommen sie jedoch beileigig waren, was bei neun bisherigen Tarifstädten, darunter Leipzig, nicht der Fall war. Der Kampf im Steindruckergewerbe 1911/12 hatte es zu Störungen im Tarifverhältnisse der Hilfsarbeiter kommen lassen; deren Jahresbericht für 1916 beschäftigte sich ausführlich mit dieser schwierigen Angelegenheit. Was die „Graphische Presse“ Mitte April d. J. als Allheilmittel zu finden glaubte in Sachen der Tariffage der Hilfsarbeiter: Beseitigung des „Anfangs der getrennten Organisationen“ im graphischen Gewerbe, diese Wunderfähigkeit dürfte auch bei den Hilfsarbeitern starkem Zweifel begegnen. Seitbei den Verhandlungen sollten Ende Oktober in Berlin stattfinden. Unter Tarifamt hatte sich um das Zustandekommen bemüht, aber nur zwei Tariforte antworteten aufkommend! Die dann bei den Beratungen des Tarifausschusses in dieser Angelegenheit von Gehilfenseite unternommene Interpellation erbrachte nichts weiter als die Versicherung der Bereitwilligkeit zu erteilten Ausproben über die Feuerungszulagen. Dazu ist es nicht überall gekommen, speziell in Leipzig nicht.

Wenn es nun mit den Einwänden von Prinzipalseite: es befände ein allgemeiner Tarif nicht mehr, die Hilfsarbeiter seien tarifunfrei, die starke Fluktuation unter der Hilfsarbeiterschaft wäre einem regelrechten Tarifverhältniss entgegen — einesseits widerlegte, andererseits nicht ganz stichhaltige Behauptungen —, unendlich weitergeht, dann wird der Tarifgemeinschaftsgedanke bei den Hilfsarbeitern, der gute Wurzeln hatte, folgeschlagen. Gerade das erfolgreiche Vorhaben in Leipzig bläst Wind in die Segel derjenigen, die in eingedankten Artikeln der „Solidarität“ die Ansicht verfechten, man würde vollständig tariffrei besser fahren. Solche Trugschlüsse entspringen lokalen Gesichtspunkten, wo der Vorteil unzweifelhaft erscheint, aber für die Prinzipalität dürfte eine solche Wendung doch hauptsächlich Nachteil bringen.

Die Entscheidung sollte daher nicht schwer fallen, und die Aufnahme der Hilfsarbeiter samt den Faktoren in die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker die Neuorientierung in unserm Gewerbe sein, die überzeugt und kraftvoll nun in Angriff genommen werden müßte.

## □ □ □ Vom Verbandsorgan □ □ □

Die Tatsache, daß im zweiten Vierteljahr erst zwei der bei unsern Lesern nicht beliebten zweifelhafte Nummern erschienen sind, dafür aber (bis zu dieser) viermal eine Beilage gegeben wurde, hat zu der Auffassung geführt, als hätten sich die Papierverhältnisse für den „Korr.“ gebessert. Diese Annahme ist nicht richtig. Der vorgeschriebene Verbrauch ist noch ebenso gering, die Konfingenerierung um nichts gemindert. Durch die im zweiten Quartal liegenden Feiertage und den dadurch bedingten Ausfall von Nummern sind wir ja ein wenig besser gestellt, so daß zweifelhafte Nummern von vornherein weniger notwendig wurden, die Beilagen aber, deren bis zur Generalversammlung jedenfalls noch zwei erscheinen werden, sind lediglich ein Zwangsausfallsmittel, um bis zur Würzburger Tagung nur dem Allernotwendigsten genügen zu können. Ein Ausgleich muß noch innerhalb dieses Quartals geschaffen werden, weil die Verbrauchsmenge des Papiers immer für ein Vierteljahr durch Reichsvorschrift festgelegt wird.

Wir machen deshalb schon jetzt darauf aufmerksam, daß am 28. Mai keine Nummer erscheinen wird, weil in dieser über die Würzburger Generalversammlung sowieso noch nicht berichtet werden könnte, da sie schon am 25. Mai abgeschlossen werden müßte. Im Monat Juni kann dann über die Hälfte der Nummern nur in zwei Seiten herauskommen! Auf diese Weise ist es allein noch möglich, das Papierquantum nicht zu überschreiten, Bekrafung zu vermeiden und herabgesetzte Beileferung deswegen für später zu verhitzen. Die Kontrolle über den Verbrauch seitens der Zeitungswirtschaftsstelle ist nämlich sehr scharf und durch monatlich zu machende Angaben erleichtert.

Wenn zur Danziger Generalversammlung (1913) 64 Artikel erschienen sind, so muß diesmal die Debatte außerordentlich eingeschränkt werden. Man hat den aus dieser Zwangslage diktierten Artikel „Wegweiser für die Generalversammlungsdiskussion“ (Nr. 39) auch im allgemeinen verstanden; immerhin mußte noch eine Anzahl von Generalversammlungsartikeln von der Annahme ausgeschlossen werden, ohne daß dadurch die Ausproben beeinträchtigt wird. Es ist ja bekannt, daß wie mit den Anträgen auch so mancher Artikel in solchen Zeiläufen das Licht der Welt erblickt, dessen Unterbleiben gar nichts schadet. Wenn bis zu Nr. 56 bei der Danziger Generalversammlung 374 Seiten (67/10 pro Nummer) zur Verfügung gestellt werden konnten, zur Würzburger Tagung aber nur 224, so müssen sich daraus die Konsequenzen ohne weiteres aufzeigen.

In der Besprechung des Vorstandsberichts für 1917 in voriger Nummer brachten wir eine Zusammenfassung auch über den Umfang des „Korr.“ seit 1913. Die angegebenen Gesamtseitenzahlen reden eine noch deutlichere Sprache durch Umrechnung auf die einzelne Nummer. Da ergeben sich für 1913: 67/10, 1914: 57/10, 1915: 47/10, 1916: 47/10, 1917: 4 Seiten. Im vergangenen Jahre war also jede Nummer fast 2/3 Seiten kleiner als 1913! Für das laufende Jahr sind wir zu noch weiterer Einschränkung genötigt gewesen, da in der zweiten Hälfte von 1917 der

Papierverbrauch infolge der öffentlichen Bewirtlichung eine weitere Herabsetzung erford. Bis einschließlich Nr. 56 waren 1917 noch 240 Seiten zu verzeichnen, 1918 verblieben nur 224; auf die einzelne Nummer reduzierte sich also der Umfang von 4/10 Seiten auf rund 4. Der angekündigte Ausgleich zwingt aber zum Herabgehen noch unter vier Seiten durchschnittlich.

Die Schwierigkeit, mit so ungewöhnlich beschränktem Raum vor einer Generalversammlung auszukommen — auch wenn es eine außerordentliche ist —, muß sich also jedem aufdrängen. Dazu kommt, daß die Kriegsverhältnisse mit ihrer ungemein starken Erscheinungen flucht zu einer inhaltlichen Erweiterung des „Korr.“ zwingen; ob die gegenwärtigen Redaktionsverhältnisse das gestatten oder nicht, dürfte nicht ausschlaggebend sein. So haben wir denn fast acht ständiger Rubriken in Friedenszeit jetzt ihrer vierzehn, obwohl beinahe 2/3 Seiten pro Nummer weniger zur Verfügung stehen. Der Verbandsvorstand und das Tarifamt sind für ihre Bekanntmachungen und Veröffentlichungen zu abgekürzter Form übergegangen. Wir haben im amtlichen Teile mehrfach Nonpareille an Stelle von Petit treten lassen, und die Anzeigen sind auf die Nonpareille als Grundchrift und die kleinsten Auszeichnungsgrade zurückgegriffen worden. Wenn andererseits jedoch die fachtechnische Jahresrevue, die Jahresberichterstattung der Spartenzentralen wie der umfangreiche Geschäftsbericht des Tarifamts im ersten Vierteljahre schon gebracht wurden, ausgiebige Diskussion über die Vehringsfrage sowie eine Generalversammlungsdebatte in doch noch genügendem Maße möglich gemacht worden ist und dazu fast 296 Veröffentlichungen unter der Rubrik „Korrespondenzen“ im Jahre 1917 für 1918 bereits 361 bis zu Nr. 56 zu verzeichnen sind, wozu die Berichte über die abgehaltenen Gattungen ebenfalls in dreifacher Raumbewertung hinzugezählt werden müßten, dann zeigt das wohl von einer bis zum alleräußersten geliebten Raumökonomie. Aus den vermehrten Korrespondenzen ergibt sich übrigens ein Aufschwung im Organisationsleben, wenn auch noch Ausnahmen verbleiben und das große Frankfurt a. M. als unerfreulichste einmal öffentlich genannt werden muß.

Der häufig wiederholte Appell zu weitgehendster Kürze in den Berichtsberichten und den Artikeln hat mit der Zeit doch mehr Beachtung gefunden. Dieser nicht selten zwangsläufig geforderten Einsicht gaben wir bei dieser Gelegenheit gern Anerkennung. Es gibt aber doch so manchen Schriftführer und Artikelreiber noch, die für das sie Interessierende und Bewegende immer nur den Maßstab der Weltlichkeit kennen und in ihrem *Sacro egoismo* uns häufig das Leben recht schwer machen. Auch der für andre nicht wirkungslos verbleibende Modus, durch völliges Verschreiben der Einsendungen augenfällig zu demonstrieren, wie es in Berücksichtigung der Interessen aller Verbandskreise richtig zu machen ist, verhängt nicht grob mit ihnen. Sie lassen sich den Redakteur weiter schänden bei den Erzeugnissen ihrer Schreibfertigkeit, äußern wohl auch gelegentlich ihren Anmut über die notwendig gewordenen Kürzungen nicht allzu manierlich. Da hat z. B. in den letzten Tagen ein Vorlesender, dem trotz der alljährlichen Sinnlosigkeit immer noch nicht bekannt ist, daß der „Korr.“ Jahresberichte der Orts-, Bezirks- und Spartenvereine nicht bringen kann, lange vor dem Kriege schon nur einige Zahlen herauszog, die durch die ganz schlimm gewordenen Raumverhältnisse weiter eingeschränkt werden mußten, uns nachträglich noch die Meinung gesagt, weil die Kürzung des Januarberichts (Generalversammlung) den Schriftführer sehr verärgert hat und die Mitarbeit von eifrigen Kollegen doch erhalten werden müsse. Das sehen wir ohne weiteres ein. Warum aber nicht auf der andern Seite die Einsicht, daß einer allgemeinen und nicht einmal neuen Notwendigkeit anpassend ausgesprochen werden muß, wie es andre Disziplinäre auch tun oder erfahren müssen? Im Jahresbericht (erste Seite, Schluss des zweiten Absatzes) berührt der Verbandsvorstand diesen Punkt ebenfalls; unsere Schwanglage anerkennend. In dem betreffenden Orte wird man nun wohl daraus endlich erfahren, worum es sich handelt, und man dürfte dann nicht wieder mit einer Schreibe kommen, daß es „unser Redaktionshnechte wenig interessiert“, ob ein Schriftführer den Schnupfen über vorgenommene Streichungen bekommen hat oder nicht. Da unsere Erkundigung über den Urheber dieser Nebenwichtigkeit nicht ungünstig ausgefallen ist, so nehmen wir mildernd an, daß er die Gängelrädchen anzubringen vergessen hat. Wir hätten sonst eine andre „Aufmachung“ für die Antwort darauf gehabt. Die Summation an den Raum und unsere Zeit gehen auch bei Briefkastenfragen noch ins abgraue. Wenn wir einmal wieder deutlich wurden und klarmachten, daß der „Korr.“ kein Auskunftsorgan für alles mögliche ist, dann geht es ja eine Zeitlang, bald aber ist die Antragerin wieder im vollen Fluß. Oft würde eine Anfrage beim Ortsvorstande schnell Klarheit bringen. Bequemlichkeit und noch weniger angehende Eigenschaften sind Ursache solcher Bebellungen der Redaktion. Was da für Anliegen vorgebracht werden, geht manchmal auf keine Kuhhaut. Eine dieser Tage erhaltene Serie von Anfragen verdiente, in Würzburg unter Glas und Rahmen ausgelegt zu werden. Es muß hierin unbedingt mehr Rücksicht auf die Dilettanten der Redaktion verlangt werden!

Die angeführte Erweiterung des Inhalts des „Korr.“ zwang mit zur Herabsetzung von mehr Mitarbeitern, zumal einige bewährte alte wegen Überbürdung infolge der durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse ihre Tätigkeit für das Verbandsorgan fast gänzlich einstellen mußten. Die Gewinnung neuer Kräfte ist jedoch keine leichte Sache gewesen, und umständlich gestaltet sich das noch, da auch auswärts wohnende Kollegen in Betracht kommen. Das Material muß so erst einmal in der Redaktion gesammelt

werden und wird dann mit den erforderlichen Anweisungen an die einzelnen Mitarbeiter verteilt. Die haben sich nun nicht nur erst in den Stoff einzuarbeiten, sondern finden noch besondere Erchwernis in der Raumnot. Aber es geht nicht anders: auch unsere Mitarbeiter, alte und neue, deren Eifer uns die schönste Genugtuung ist, müssen sich ebenfalls der erdenklichsten Kürze befehligen! Nur so kann ein Gefährden vermieden werden.

In Nr. 1 d. J. gingen wir etwas auf die gegenwärtigen Redaktionsverhältnisse ein. Nachdem Ende September und Anfang Oktober 1916 die beiden Redaktionskollegen Schaeffer und Helmholz eingezogen wurden, verließ noch ein Mann. Wie aus der Jubiläumsummer des „Korr.“ (Nr. 1 von 1913) hervorgeht, hat das Verbandsorgan bereits seit September 1864 Mitredakteure gehabt; damals erschien der „Korr.“ einmal, von 1870 bis 1874 zweimal und von 1875 an dreimal wöchentlich. Es besteht also seit 19 Monaten ein Ausnahmezustand fondergleichen. Mit ihm fertig zu werden, ist kaum in der vorgeschilderten Weise möglich. Bis jetzt war es nur bei dem Kollegen Helmholz gelungen, einmal auf länger eine Beurlaubung zu erreichen, und zwar von Oktober 1917 bis Ende Januar 1918; tageweise war es erfreulicherweise möglich bei Gauvorsteherkonferenzen und andern Berliner Gelegenheiten, da Kollege Helmholz noch in Leipzig garnisoniert. Gleiche Bemühungen für den Kollegen Schaeffer scheinen nach monatelanger Dauer endlich Erfolg zu haben; er tritt jetzt aus dem Ofen ein und wird hoffentlich hier schnell von der Genehmigung seiner längerer Beurlaubung erreicht. Es wird also wieder eine zeitweilige Besserung des Ausnahmezustandes eintreten. Die Hoffnung auf seine baldige gänzliche Behebung ist natürlich sehr stark.

Es machte sich einmal so etwas wie ein Rechenschaftsbericht über das Verbandsorgan notwendig, wofür die Zusammenstellung im Rahmen der Besprechung des Vorstandsberichtes (siehe vorige Nummer) eine beachtenswerte Voraussetzung war. Aber für unsere Verhältnisse ist das, was sein sollte, noch wichtiger als das, was ist und was war. Darum haben wir auch manches einfließen lassen über unbedingte Erfordernisse im Verkehr mit dem „Korr.“ — möglichst frühzeitige Aufgabe aller Einsendungen — Zuschriften soll in Anbetracht der enormen Postveränderungen nicht unerwähnt bleiben — und erwarten nun größere Rücksicht auf die sehr schwierige Lage des „Korr.“, die sich selbst auf den Anzeigenteil erstrecken müßte, wo wir in bezug auf bestimmte Inzerate ebenfalls der Gebundenheit durch die jetzigen Verhältnisse unterliegen.

## □ □ □ Gau Frankfurt-Heffen □ □ □

Auf dem am 28. April im „Gewerkschaftshaus“ zu Frankfurt a. M. abgehaltenen Gattungsabende der zwei Vorstehende Dornis zunächst der gefallenen und verstorbenen Mitglieder des Gattes und mit besonders ehrenden Worten des verstorbenen Verbandsvorstehenden Böblin sowie unres langjähriger Gauvorstehers K. Dominé. Das Andenken der Verstorbenen wurde in der üblichen Weise geehrt. Vom Bezirk Frankfurt lag ein Antrag vor, dem verstorbenen Kollegen Dominé in Anerkennung seiner sechsundzwanzigjährigen Tätigkeit als Gauvorsteher einen Gedenkstein zu setzen und die Umschmückung des Grabes zu übernehmen sowie der Ehefrau eine Unterstützung zu gewähren. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Den Feuerungsverhältnissen entsprechend wurde die Feuerungszulage des Verwalters von monatlich 75 Mk. auf 100 Mk. erhöht. Eine Neuwahl des Gauvorstandes findet nicht statt; es sollen die jetzt tätigen Kollegen auf die Dauer des Krieges weiter amieren. Als Gauvorort wurde wieder Frankfurt a. M. bestimmt. Die Beiträge wurden in der alten Höhe belassen, ebenso die Remuneration des Gauvorstandes und der Bezirkskassierer.

Recht lebhaft Debatten brachten die Anträge zur Generalversammlung in Würzburg. Alle Redner waren darin einig, daß unsere Delegierten dafür einzutreten waren, daß bei einer Tarifrevision der Grundlohn unter allen Umständen erhöht werden müsse. Der Antrag auf Änderung des § 39 Abs. 2 des Verbandsstatuts; Die Entschädigung aus der Verbandskasse an die Gatte beträgt 8 Proz. der Einnahme usw., wurde einstimmig angenommen. Ferner sei unter Unterstützungswesen einer Revision zu unterziehen; die Arbeitslosenunterstützung müsse bestimmt erhöht werden, eventuell unter Erhöhung des Beitrags. Hierzu ging eine Entschädigung ein: „1. Die Verbandsgeneralversammlung und die Gehilfenvertreter haben eine sofortige Erhöhung der Feuerungszulagen und unter Umständen eine Revision des Tarifs unter Erhöhung des Grundlohns zu veranlassen. 2. Das Unterstützungswesen und insbesondere die Arbeitslosenunterstützung ist den Verhältnissen entsprechend auszubauen und eine zu diesem Zweck notwendige Beitragserhöhung vorzunehmen.“ Die Entschädigung fand einstimmige Annahme.

Bei Besprechung des Vehringswesens wurde betont, daß unser Vehringswesen immer mehr Beachtung geschenkt werden müsse; es sollten daher örtliche Kommissionen von Prinzipalen und Gehilfen gewählt werden, bei welchen die Gehilfen verpflichtet sein sollten, zeitweise eine Prüfung der Vehringer auf ihre Fortschritte vorzunehmen. Es wurde dem Gattungs hierzu eine Entschädigung des Maschinenmeißervereins Frankfurt-Offenbach und Typographischen Gesellschaft unterbreitet (abgedruckt bereits in Nr. 53 unter Frankfurt. Red.), wonach von den Spartenvorständen schon gelegentlich der Generalversammlung in Würzburg eine Verständigung über die

Richtlinien erwartet wird. Diese Entschädigung fand ebenfalls die Zustimmung des Gattungs.

Mit Worten des Dankes an die Bezirksvorstände und übrigen Funktionäre sowie die Gattungsdelegierten für ihre tätige Mitarbeit und dem Wunsch auf einen baldigen Frieden wurde der Gattungs dann geschlossen.

Anschließend an den Gattungs fand eine Generalversammlung der Sterbekasse für die Mitglieder des Verbandes im Gau Frankfurt-Heffen statt.

Aus dem Geschäftsberichte des Vorstandes ergab sich, daß die Kasse in der abgelaufenen Periode wiederum leistungsfähig war. Besonders hervorzuheben ist, daß die Kasse auch während des Krieges an die Hinterbliebenen der verstorbenen und gefallenen Mitglieder das volle Sterbegeld auszahlte.

Die Kasse gewährt bei einem wöchentlichen Beitrage von 15 Pf. u. a. bei zehnjähriger Mitgliedschaft ein Sterbegeld von 400 Mk. Ein Antrag, den Beitrag zu erhöhen und noch eine höhere Stafflung vorzunehmen, wurde zurückgestellt. Die Kassenverhältnisse sind als recht günstig zu bezeichnen.

Mit dem Wunsche, daß die Mitglieder des Gattes sich dieser Kasse immer mehr anschließen möchten, wurde die Generalversammlung geschlossen.

## □ □ □ Gau An der Saale □ □ □

Der außerordentliche Gattungs am 28. April in Halle wurde eingeleitet durch zwei stimmungsvolle Wiederholungen des Kollegenvereins, wofür auch an dieser Stelle gedankt sei. Dank auch dem Disziplinäre Halle für die Schmückung des Tagungslokals. Namens des Ortsvereins Halle begrüßte Bezirksleiter Reichmann die auswärtigen Delegierten. Hieran schloß sich die Begrüßung durch den Gauvorsteher König. Nummer wdmerte der Gauvorsteher den im Weltkrieg gefallenen Kollegen, deren Zahl beinahe 400 erreicht, sowie dem gefallenen Gauvorsteher Karl Weibich, dem Kollegen Dreier (Hamburg) und insbesondere dem verstorbenen Kollegen Emil Böblin warme Worte des Gedenkens. Den ganzen Nachruf hörte der Gattungs, zu dem sich eine große Anzahl Kollegen des Vororts als Zuhörer eingeschoben hatte, stehend an. Die Präsenzliste ergab die Vertretung des Gauvorstandes durch den Vorsteher, den Gauverwalter und vier Beisitzer. Ferner waren anwesend 10 Bezirksleiter und 24 Delegierte.

Kollege Herwig (Magdeburg) beantragte, den Punkt 5 der Tagesordnung: „Beratung der Anträge zur Generalversammlung des Verbandes“, als letzten Punkt zu verhandeln, um so die Zeit besser nützen zu können. Dem wurde zugestimmt. Der Vorsteher bat um die Genehmigung, Punkt 2: „Bericht des Gauvorstehers“, und Punkt 4: „Tarifliches“, zusammen behandeln zu können. Auch dieser Änderung wurde zugestimmt. In einstimmigen Ausführungen erstattete Vorsteher König nunmehr Bericht über alle während der Dauer des Krieges zutage getretenen Erscheinungen im Organisationsleben. Er schilderte eingehend die notwendig gewordenen Maßnahmen sowohl auf dem Organisations- als auf dem Tarifgebiete und erwähnte die den veränderten Verhältnissen angepaßten Beschlüsse der Bezirksleiterkonferenzen. Eingehende Würdigung fanden die Entstellungen der Ersatzkräfte in unserm Gewerbe. Lebhaft bedauerte der Vorsteher die in einzelnen Orten in Erscheinung getretene Laubbild der Kollegen bezüglich der Beteiligung am Organisationsleben und betonte dabei, daß seitens des Gauvorstandes nichts unversucht gelassen wurde, das Organisationsleben zu heben. Ferner kritisierte Redner in seinen weiteren Ausführungen eine ganze Reihe tariflicher Angelegenheiten. Die Lokalzuschlagsfrage fand dabei ausgiebige Erörterung. Mit einem Ausblick auf die Zukunft und einem Hinweis auf die vielen Aufgaben, die uns nach Beendigung des Krieges bevorstehen, schloß der Vorsteher seinen inhaltsreichen Bericht mit heißen Friedenswünschen und einem Appell an das Pflicht- und Verantwortlichkeitsgefühl der Dabeimgeliebten, besonders der gleichgültig Dabintebenden unter ihnen, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß die aus dem Kriege heimkehrenden Kollegen geordnete gewerbliche Verhältnisse und ein all den großen und vielen Aufgaben wie Schwierigkeiten entsprechend vollwertiges Organisationsleben vorfinden. Hier komme es auch auf den einzelnen an; ein jeder sei dafür den Eingezogenen Rechenschaft schuldig!

Der Bericht des Vorstehers zifferte eine rege Aussprache, an welcher sich die Kollegen Böckel (Dessau), Demuth (Magdeburg), Zugel (Stendal), Drechsler (Zeitz), Koch (Wittenberg), Wagner (Quedlinburg), Herwig (Magdeburg), Laue (Garbelen), Naß (Halle) und Schrifer (Weißfels) beteiligten. Der Vorsteher behandelte in seinem Schlussworte dann alle in der Aussprache berührten Fragen.

Nach einer unter dem Zeichen der Kriegszeit stehenden Mittagsstafel wurden die Verhandlungen fortgesetzt und Punkt 3: „Information über die finanzielle Lage des Gattes“, durch den Gauverwalter behandelt. Kollege Dhs schilderte in ausführlicher Weise die Kassenverhältnisse und begründete besonders die Notwendigkeit der von der Bezirksleiterkonferenz beschlossenen Beitragserhöhung. Er gab ferner eine Aufstellung der bisher vom Gau zum Zwecke der Liebesgaben bzw. Familienfürsorgebeiträge zur Verfügung gestellten Summe, mit der sich der Gau sehr wohl leben lassen könne. Aus den Ausführungen des Verwalters ging erfreulicherweise hervor, daß der Gau in finanzieller Beziehung die schwere Kriegszeit bisher auf überstanden habe, dank den getroffenen Maßnahmen. Selbstverständlich sei, daß, wenn die Verhältnisse sich

günstiger gefallten als angenommen werden muß, der Gauvorstand nicht veräumen werde, an einen Abbau der Beitragsleistung für den Gau heranzugehen. Längere Ausführungen widmete Redner der Wiedereinführung des Gaukrankenkassenschusses und der beschlossenen Erhöhung desselben von 35 auf 50 M. pro Tag, wodurch sich ohne weiteres die erwähnte Beitragssteigerung notwendig machte. Die Ausführungen des Verwalters zeigten eine kurze Ausprägung in bezug auf die Anlegung der Wertpapiere der Gaukasse. In seinem Schlußworte gab Kollege Ohls noch einige Erklärungen hinsichtlich seiner Ausführungen.

Kollege Kühnast (Magdeburg) brachte eine Beschwerde vor bezüglich der Wahlen zum Gauauftrag und gab eine Anregung zwecks einheitlicher Herstellung der hierfür benötigten Drucksachen durch den Gauvorstand. Der Antrag soll in Zukunft stattgegeben werden. Ferner beantragte er eine Bestimmung des Gauauftrags, wonach den Bezirksleitern ohne Wahl Sitz und Stimme auf dem Gauauftrag zustehe. Diese Bemängelung fand aber keinen Anklang.

**Punkt 6: „Anträge zum Gauereglement“:** a) Zum § 10: „Zur Befreiung der Verwaltungskosten bringen die einzelnen Ortsvereine bis zu 100 Mitgliedern 3 Proz. und für jedes weitere angefallene Hundert 1 Proz. der Verbandseinnahme mehr in Anrechnung bis zum Höchstbetrage von 6 Proz.“ Dieser Antrag des Gauvorstandes wurde einstimmig angenommen; er tritt aber nur in Kraft, wenn die Generalversammlung des Verbandes den Gau eine Rückgewähr von 8 Proz. bewilligt. Sollte wider Erwarten letzteres nicht beschlossen werden, dann beantragte der Gauauftrag eine spätere Bezirksleiterkonferenz, in Rücksicht auf den nachfolgenden Antrag Magdeburg anderweitige der Situation Rechnung tragende Vorschläge zu machen bzw. einen Beschluß herbeizuführen. b) Zum § 10: „Falls die Generalversammlung des Verbandes es ablehnen sollte, die Ausgaben der großen Ortsvereine für Unterhaltung ihrer Bureaus, Besoldung der Verwalter usw., auf die Verbandskasse zu übernehmen, wolle der Gauauftrag beschließen: „daß Ortsvereine, die infolge ihrer hohen Mitgliederzahl gezwungen sind, unter Zustimmung des Gauvorstandes einen besoldeten Verwalter anzustellen, außer den im § 10 der Satzungen festgelegten Entschädigungen einen zwischen dem Gauvorstand und dem betreffenden Ortsvereinsvorstand im Vereinbarungswege festzusetzenden Zuschuß aus der Gaukasse erhalten.“ (Ortsverein Magdeburg.) Dieser Antrag wurde seitens der Magdeburger Delegierten nach einer sehr lebhaften Aussprache und nachdem ein Antrag Kühnast (Magdeburg) eingegangen war, dem Ortsverein Magdeburg zu seinen Verwaltungsausgaben seitens der Gaukasse einen jährlichen Zuschuß von 1000 Mk. bis zum Eintritt normaler Verhältnisse zu gewähren, zurückgezogen. Angenommen wurde dann ein Antrag Gabriel (Halle), welcher besagt, dem Ortsverein Magdeburg bis auf weiteres 750 Mk. jährlich zu den Verwaltungskosten zu gewähren. Ein ähnlicher Antrag, dem Ortsverein Halle zu seinen Verwaltungsausgaben einen jährlichen Zuschuß von 250 Mk. zu gewähren, fand nicht die Mehrheit des Gauauftrags, da eine ausreichende Begründung für diesen Antrag nicht gegeben wurde. c) Zum § 10a: „Der Gauauftrag wolle beschließen, daß im Gau die Bezirksversammlungen wieder aufgenommen werden, wenigstens aber eine im Jahre während der Dauer des Krieges stattzufinden hat.“ (Ortsvereine Gardelegen, Salzwedel und Stendal.) Nach langer Diskussion fand der Antrag Erledigung, indem der Gauauftrag den Beschluß einer Bezirksleiterkonferenz, während der Dauer des Krieges infolge der enormen Schwierigkeiten hinsichtlich der Ernährungs- und Verkehrsverhältnisse die Bezirksversammlungen ausfallen zu lassen, aufhob. Damit tritt die alte statutarische Bestimmung wieder in Kraft.

**Festsetzung des Beitrags zur Gaukasse:** Der Gauauftrag stimmte der vom Gauvorstand sachungsgemäß im Verein mit den Bezirksleitern beschlossenen Erhöhung zu und wurde der Beitrag in dieser Höhe befestigt.

**Wahl des Borortes und des Gauvorstandes:** Halle wurde als Borort befestigt und von der Wahl eines Gauvorsitzführers Abstand genommen, da dem im Felde stehenden langjährigen Gauvorsitzführer Frickhede das Amt offengehalten werden soll. Vertretungsweise wird das Amt durch den stellvertretenden Gauvorsitzer, Kollegen Richard Wöhl, weiter verwaltet.

**Festsetzung der Remuneration für den Gauvorstand und die Bezirksleiter:** Der Gauauftrag gab seine Zustimmung zu der von der Bezirksleiterkonferenz auf Vorschlag der Bezirksleiter beschlossenen Erhöhung der Remuneration für die Gauabteilungsleiter und der den beiden Angestellten bewilligten Steuerzulagen.

**Bestimmung der Höhe des Pauschquantums für den Gauvorstand zum Zweck außerordentlicher Interventionen:** Die bisherige Höhe von 500 Mk. wurde befestigt.

**Die Diäten wurden auf 12 bzw. 15 Mk. festgesetzt.** Den letzteren Satz erhielten die auswärtigen Delegierten abgebilligt.

**Als Ort für den nächsten Gauauftrag wurde Halberstadt bestimmt,** sofern derselbe unter normalen Verhältnissen sagen kann. Ist letzteres aber nicht der Fall, dann ist dem Gauvorstand anheimgestellt, einen mehr zentral gelegenen Druckort zu wählen.

**Zunehmend gelangte der zurückgestellte Punkt: „Beratung der Anträge zur Generalversammlung des Verbandes“ zur Verhandlung.** In eine Beratung der Einzelanträge konnte der vorgeschrittenen Zeit halber nicht eingetreten werden; es wurde die Diskussion nur nach drei großen Gesichtspunkten hin geführt. Dieselbe gestaltete sich sehr umfangreich und beteiligte sich daran eine ganze Reihe Delegierter. Alle Redner erwarfen von der Verbandsgeneralversammlung, daß sie die notwendigen

Schritte beschließt, um die Abhne der Buchdrucker entgegen den Verhältnissen entsprechend gestalten zu können. Geleitet waren die Meinungen darüber, ob dies auf dem Weg einer Kündigung des Tarifs, einer Revision desselben oder auf dem Weg einer abermaligen Verlängerung des Tarifs unter Gewährung weiterer Steuerzulagen zu erreichen sei. Den Delegierten zur Generalversammlung wurde anheimgegeben, die auf letzterer gegebenen Begründungen auf sich wirken zu lassen und sich nach bestem Gewissen zu entscheiden. Beachtenswerte Ausführungen wurden über die immer mehr zunehmenden Einseitigkeiten der überhöhten Bezahlung und deren mangelhafte Ausbildung bei dem geringen vorhandenen Gehilfenstand gemacht. So könne und dürfe das nicht weitergehen. In vielen Geschäften seien die Lehrlinge sich selbst überlassen und immer nur auf Anleitung durch die älteren Lehrlinge angewiesen. Unter Aufzählung von Beispielen müßten ausgebildet werden, denn mit den jetzigen Bezügen könne sich kein Mensch über Wasser halten. Der Frage einer entsprechenden Erhöhung des Verbandbeitrags habe man sympathisch gegenüber. Auch für die Kreisbeschäftigten müsse etwas getan werden, und sei auch die Frage der Zahlung eines kleinen Sterbegeldes an die Hinterbliebenen im Kriege gefallener Kollegen schon des moralischen Einbruchs wegen wohl der Beachtung wert. Ferner wurden in der sehr anregenden Aussprache noch einzelne Bestimmungen des Organisationsvertrags im kritischen Sinne erwähnt.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und gelangte das Beschlusprotokoll zur Verlesung. Für die dabei angewendete Mühe und Sorgfalt wurde dem Schriftführer Dank gesagt, wie auch das Bureau für die sachgemäße Leitung der Verhandlungen über den Dank des Gauauftrags qualifizieren konnte.

Zum Schluß nahm der Vorsitzende Veranlassung, zusammenfassend die Verhandlungen des Gauauftrags zu freisen. Er dankte dem Gauauftrag für die einmütige Anerkennung der seitens der Bezirksleiterkonferenzen unter dem Drucke der Verhältnisse gefassten Beschlüsse. Diese Einmütigkeit beweiße, daß die erwähnten Konferenzen nur Zeitunwendigkeiten beschloßen hätten. Wenn der Gauauftrag aber einen agitatorischen Wert haben soll, den man ihm doch immer zuschreibe, dann müßte er die Delegierten bitten, die entsprechenden Aufgabenstellungen aus den Verhandlungen zu ziehen und dieselben in den einzelnen Ortsvereinen auf zu verwenden. Den auswärtigen Delegierten eine gute Heimreise wünschend und ein baldiges Ende des Krieges herbeisehnd, schloß er 7 1/2 Uhr abends den außerordentlichen Gauauftrag. R. Pl.

### □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerstarbeiter.** In Eberswalde wurden auf eine vom Vorliegenden-unser Ortsvereins mit Unterstützung der Prinzipale eingereichte Eingabe, der sich der Gutenbergschule angeschlossen, die Buchdrucker (Gehilfen und Lehrlinge) als Schwerstarbeiter, die Maschinenführer und Stereotypisten als Schwerstarbeiter anerkannt. Sie erhalten sämtlich die Zulagen der Rüstungsarbeiter. — Die in der Druckerei in Zielentz (Am.) Beschäftigten wurden als Schwerearbeiter anerkannt und erhalten eine wöchentliche Brotzulage von 1 Pfund sowie die jeweils zur Verteilung kommenden Lebensmittelzulagen wie Käse, Kunstbrot, Mehl usw. — Die Firma Polberg in Bokrop wurde als Rüstungsbetrieb anerkannt. Maschinenführer, Stereotypisten und Rotationsmaschinenmeister gelten als Schwerstarbeiter. — Aus Buer i. M. wird uns ergänzend mitgeteilt, daß für die Nachsicht Schwerstarbeiterzulage gewährt wird.

**Gehilfenprüfungen.** In Magdeburg legten 46 Ausgelernte die Prüfung ab. Die 33 Geprüften erhielten folgende Noten: „Genügend“ 24, „Ziemlich gut“ 7, „Gut“ 2; von 13 Druckern: „Genügend“ 6, „Ziemlich gut“ 3, „Gut“ 4. — In Wiesbader bestanden von 9 Prüfungen 2 Geher und 1 Drucker mit „Gut“, für die übrigen 6 wurde die Note „Zufriedenstellend“ erteilt.

**Alfred-Neven-Dumont-Stiftung.** Eine Schenkung von 15000 Mk. des Kommerzienrats Alfred Neven Dumont an die Kunstgewerbeschule in Köln bezweckt Unterstützung aus dem Zinsenertrags an unbemittelte begabte Schüler dieser Anstalt. Angehörige des Buchdruckgewerbes und Kriegsbeschädigte erhalten Vorzug.

**Ercheinen der Tagespresse zu Pfingsten.** Am ersten Feiertag sind nur Frühaußgaben gestattet, am zweiten müssen auch diese ausfallen, am dritten können wieder Morgenblätter erscheinen, doch ist die Arbeitsaufnahme am zweiten Feiertag abends nicht vor 9 Uhr erlaubt. Die Feiertagsberichte können jedoch in üblicher Weise bekanntgegeben werden.

**Die Arbeiterausschüsse bei der Eisenbahn.** Die preußische Eisenbahnverwaltung, die sich in derartigen Dingen stets besonders vorsichtig benahm, scheint die eingeschlagenen neuen Wege, die sie mit der Anerkennung der Gewerkschaften im vorigen Jahre zum ersten Male befreit, weiter wandeln zu wollen. Es bestehen im Bereiche der preußischen Staatsbahn, des größten Arbeitgebers der Welt, etwa 1300 Arbeitervereinsausschüsse, die 21 Bezirksausschüsse bilden. Viele Organisationsgebilde sollen in Kürze durch einen Oberbau, den Eisenbahnarbeiterzentralausschuß, welcher ausgebaut werden. Der letztere bietet dann die Möglichkeit, allgemeine Angelegenheiten der Arbeiterschaft von dem Ministerium aus unmittelbar mit den berufenen Vertretern der Arbeiter mündlich zu erörtern. Als ständiger Vorsitzender des Ausschusses, in dessen Hand die Leitung und die gesamte Geschäfts-

führung samt dem Wahlverfahren liegt, ist Ministerialdirektor Hoff im Eisenbahnministerium in Aussicht genommen. Die 24 Mitglieder des Ausschusses sollen in geheimer Wahl von den Bezirksausschüssen aus ihrer Mitte gewählt werden. Sehr wichtig ist für die Funktionäre die Bestimmung, daß sie für die Teilnahme an den Sitzungen ihren Lohn weiter erhalten; lind mit den Sitzungen auch Reisen erforderlich, gibt es entsprechende einmalige Lohnzulagen. Der Gedanke, den Arbeiter nicht nur als Objekt in der gesamtwirtschaftlichen Organisation zu bewerten, sondern ihn auch zur Mitarbeit in denjenigen Fragen, die das Arbeiterschlach befassen, heranzuziehen, schreitet vorwärts.

**Stillegung des Betriebes infolge Kohlenmangels.** Im Februar 1917 mußte die Arbeiterschaft der Firma Rodtströb & Schneider, etwa 500 erwachsene Arbeiter, wegen Kohlenmangels aussetzen. Die Entschädigungsansprüche der Arbeiterschaft für die Aussetzung wolle die Firma insofern befriedigen, daß sie den Männern 3 Mk. und den Frauen 1,50 Mk. anbot. Damit war die Arbeiterschaft jedoch nicht einverstanden. Sie erhob zunächst beim Gewerbegericht Klage mit dem Erfolge, daß die Firma zur Zahlung des tatsächlichen Verdienstaufschusses verurteilt wurde. Die von der Firma gegen dieses Urteil eingelegte Berufung hat jetzt, nach einjähriger Streikdauer und nach etwa zehn Terminen, ihre Erledigung dahin gehend gefunden, daß die Firma verpflichtet ist, den entstandenen Rohrausfall zu zahlen. Maßgebend für die Fällung des Urteils war dem Dresdener Landgerichte, daß nicht der Arbeiter — abgesehen etwa von dem zur Befähigung nötigen Handwerkszeuge —, sondern der Arbeitgeber die Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen hat. So lag es auch im Verhältnisse der Parteien der Beklagten ob, für die zur Aufrechterhaltung des Fabrikbetriebes nötigen Kohlen zu sorgen. Der gesamte Verdienstaufschuß der Arbeiterschaft der verurteilten Firma betrug im vorliegenden Fall etwa 18000 Mk.

**Schwere Verurteilungen.** Vor dem Reichsgericht in Leipzig ist nach sechsjähriger Verhandlung ein Hoch- und Landesverratsprozess beendet, in dem zwölf männliche und weibliche Personen, darunter auch Lehrlinge, die Angeklagten waren. Es handelte sich um Mitglieder des Jugendbildungsvereins oder diesem nahestehende Personen. Die von ihnen verfaßten, verfaßten oder an Plakatsäulen und Säulern angehefteten Schriften trugen keinerlei Kennzeichen, u. a. wurde in ihnen auch zu einem allgemeinen Streik in den ersten Septembertagen 1917 aufgerufen. Mildernde Umstände blieben veriaßt. Das geringste Strafmaß bildeten acht Monate Gefängnis, das höchste acht Jahre Zuchthaus. Sieben Angeklagte erhielten zusammen neun Jahre und drei Monate Gefängnis, fünf im ganzen zwanzig Jahre Zuchthaus. Ein kleiner Buchdruckereibesitzer von 66 Jahren bekam vier Jahre Zuchthaus. Die Beurteilung eines Organiser-Gewerkschaftssekretärs vor einiger Zeit zu vier Jahren Zuchthaus soll mit diesem Prozess in Zusammenhang stehen. Die bekannten Verhältnisse gestatten der Presse nur bloße Mitteilungen solcher Vorgänge.

### Briefkasten.

**S. M. in H.:** Auf Ausweis über Mitgliedschaft müssen wir bei Artikeln bestehen bleiben; wir haben genügend Erfahrungen zu dieser Voricht gesammelt. Der Redaktion bekannte Kollegen sind davon entbunden; hier würde solches Verlangen Bureaufraßismus. — **D. S. in S.:** Waren schon von anderer Seite unterrichtet, so daß von näherer Mitteilung kein Gebrauch mehr gemacht werden kann, sagen aber freudig. Dank. — **Kst.:** Das Angünstliche hier ward es Ereignis! An der „Schmerz“ ging aber wenigstens schnell vorbei, und alles ist wieder gut. — **J. F. in B.:** Unverwendbar, entspricht nicht den Erfordernissen; solcher Aufklärungsarbeit bedarf es bei unsern Mitgliedern Golt ist Dank nicht mehr. — **Ehr. W. in Fontanaz:** 2,30 Mk. — **F. Sch. in A.:** 2 Mk. — **Fr. R. in D.:** 2,45 Mk. — **S. A. in Marienw.:** 2 Mk. — **D. M. in Bm.:** 2 Mk.

### □ □ □ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Aurfürst, Nr. 1191.

**Gau Nordwest.** (Delegiertenwahl.) Von 433 abgegebenen Stimmen erzielte Kollege S. Ruchborn (Bremen) 427 Stimmen. Als Stellvertreter wurde Kollege Kurb (Bremen) mit 415 Stimmen gewählt.

**Gau Rheinland-Westfalen.** (Ergebnis der Stichwahl zur Generalversammlung.) Abgegebene Stimmzettel 2715. Es erhielten die Kollegen: Lorenz (Hagen) 1685, Wieden (Essen) 1398, Kopp (Dortmund) 1379, Müller (Aßin) 1336, Leng (Bielefeld) 1120, Greven (Machen) 1060 Stimmen. Die drei ersten sind gewählt.

### Abresenveränderungen.

Kattrop-Hilgendorfmund, Vorsitzender und Kassierer: Alois Baudisch, Kattrop i. W., Hochstraße 1. Mündener (Korrespondenzverein.) Die Vereinsleitung hat der früheren Vorsitzende Karl Blasenbret, Augsburgers Straße 19 II, wieder übernommen.

### Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewandten innerhalb 14 Tagen an die beigestellte Adresse.)  
Im Gau Bayern die Geher 1. Theodor Schreiner, geb. in Ludwigsbaben a. Rh. 1861, ausges. daf. 1878; 2. Georg Zimmermann, geb. in München 1892, ausges. daf. 1911; waren schon Mitglieder. — Joseph Selb in München, Solstraße 24 I.  
Im Gau Rheinland-Westfalen der Drucker Paul Dreißbüchel, geb. in Bruchsal 1896, ausges. daf. 1914; war noch nicht Mitglied. — Julius Palm in Weimar, Vertuchstraße 2a.

### Verammlungskalender.

Bielefeld. Verammlung Sonntag, den 26. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, in der „Eisenhütte“, Marktstraße 8.  
Brandenburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 9. Juni, mittags 12 Uhr, in „Volkshaus“ in Brandenburg. Anträge bis 27. Mai an den Vorsitzenden.

**Schrieffeher** 1748  
(auch Kriegsbesch.), die im Anzeigengeschäft gelibt sind, sucht **Gerolds Verlag, Böhmisch, Lbr. Wald.**

**Anzeigenschreiber** militärisch, gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften u. Lohnansprüchen an 1927 „Nordbayerische Zeitung“, Nürnberg.

**Ein Seher und ein Drucker** selbständige Kräfte, finden dauernde Stellung bei 911 C. Sieckle in Liebenwerda.

**Anzeigenschreiber und Seher/Redakteur** gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen an die „Seher Neuesten Nachrichten“, Sehb. 1928

**Typographischer** in dauernde Stellung gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten an die **Mannheimer Vereinsdrucker, Mannheim.** 1529

**Typographischer** (A) geübter, für dauernde Stellung zu möglichst baldigem Eintritt gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen erbeten an **Buchdruckerei Schlegel, Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 8.** 1926

**Stempelfeher und Vulkaniseur** sucht **Heinrich Poth, Stempelfabrik, Kiel.** 1882

**Maschinenmeister** tüchtiger Aufdrucker, für Schnell- und Siegelpresse gesucht. **Buchdruckerei Ed. Binz, Düsseldorf.** 1907

**Buchdruckmaschinenmeister** sofort gesucht. **Megger & Wittig, Leipzig, Hohe Straße 1.** 1749

**Mehrere Schriftgießer** für Kompletz- und Schnellgießmaschinen für dauernd gesucht. **Schriftgießerei Gottfried Böllger, Paunsdorf-Leipzig.** 1934

**Schriftgießer** für unsere Hausgießerei gesucht. **Hierische Hofbuchdruckerei, Alfenburg (S.-M.).** 1908

**Älterer, zuverlässiger Seher** langjähriger Metteur, an selbständiges, korrektes Arbeiten gewöhnt, wünscht sich zu verändern, am liebsten in Vertrauensstellung. **Zufchriften erbeten an **W. Hähne, Leipzig-Curtisch, Pöhlcher Straße 19 part.** 1909**

**Niederstafel „Gutenberg“ von 1877 = Hamburg-Altona =**  
Sonntag, den 2. Juni:

**Familienausflug nach Zinkenwälder**  
Abfahrt von St. Pauli (Brücke 7) morgens 7 1/2 Uhr, Abfahrt von Zinkenwälder nachmittags 3 Uhr. 1941  
Stärken für Mitglieder 25 Pf., Kinder 10 Pf., Eingekaufte 50 Pf., Kinder 20 Pf. hat im Vereinsauszug, beim Abgang und bei den Vorstandsmitgliedern bis Donnerstag, den 30. Mai, zu haben.

Sonntag, den 9. Juni:  
**Halbjährliche Generalversammlung**  
im „Gewerkschaftshaus“ (Zimmer 2 und 3). Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Halbjährliche Abrechnung; 3. Sonstiges. Reges Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

**Döblin-Gedenkblatt**

Dem verstorbenen Führer des Verbandes der Deutschen Buchdrucker ist in Heft 5/6 der „Typographischen Mitteilungen“ ein besonderes von Künstlerhand entworfenes Gedenkblatt gewidmet. Sonderdrucke davon werden zum Vorzugspreise von 60 Pf. portofrei geliefert. Sammelbestellungen erwünscht.  
**Verlag der „Typographischen Mitteilungen“, Leipzig, Salomonstraße 8, Postfachkonto 52287.**

**Ausbildung von Kriegsbeschädigten als Maschinenfeher**  
An der Sehermaschinenfabrik der Fachschule für das Buchdruckgewerbe in Stuttgart ist Gelegenheit geboten, um kriegsbeschädigte gelernte Buchdrucker, die als solche nicht mehr tätig sein können, zu Sehermaschinenfehern auszubilden. Für die noch im Lazarett befindlichen ist selbstverständlich die Genehmigung des zuständigen Arztes erforderlich. Der Unterricht ist unentgeltlich und dauert 12-15 Wochen. Für Württembergische gewährt der Landesausschuss für Kriegsinvaliden-Versorgung auf Antrag im Falle des Bedürfnisses Beihilfen zur Bekleidung des Lebensunterhaltes. Anmeldungen sind an den Württembergischen Landesausschuss, Stuttgart, Falkenstr. 29, zu richten. 1925  
Stuttgart, im Mai 1918.  
Württembergischer Landesausschuss für Kriegsinvaliden-Versorgung.

**Druckereiverkauf**  
17 Jahre bestehend; Zentrum Berlins. Billige Miete. Geste Kundsch. Wegen Einberufung zu verkaufen. **Eugen Schmidt, Armierungsbatalion 145, 3. Komp. Deutsche Feldpost 471.**

**Schrieffeherahlen**  
10 Stück beste Baum 3.- M. Spitz best. geg. einleuchtend. d. Verträge durch H. Zschib, Dresden-N. 28, \* Reifwägener Straße 29, L. \*

Für die mir aus Anlaß meines 50-jährigen Berufs Jubiläums in so reichem Maß erwiesenen Aufmerksamkeit sage ich auch auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank!  
**Marienwerder, Mai 1918, Gustav Krause.**

Dank allen denen, die meines 25-jährigen Berufs Jubiläums glückwünschend gedacht haben. **Fr. Ragnöski, Danzig.**

**Walter Möhrbach**  
Kathi Möhrbach, geb. Schröppel kriegsgefallen. **Mürnberg, 29. April 1918.**

In den Folgen der Kriegsstrapazen verschied hier unser treuer Kollege, der Schrieffeher **Mag Karll**  
Die hiesige Kollegenschaft wird ihm als zelt ein ehrendes Gedenken bewahren. **Ortsverein Regensburg.**

Wieder hat uns der grausame Weltkrieg drei brave Kollegen entzissen. Am 30. März fiel der Seher **Ewald Weiser**  
aus Magdeburg; am 14. April der Seher **Gustav Schankow**  
aus Magdeburg und im Westen der Maschinenfeher **Ernst Graf**  
aus Magdeburg.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen **Der Ortsverein Magdeburg.**

Am 14. April fielen auf dem Felde der Ehre unsere lieben Kollegen, der Schrieffeher **Gustav Schankow**  
Unteroffizier der Landwehr Inhaber des Eisernen Kreuzes und der Altbürgerlichen Tapferkeitsmedaille und der Maschinenfeher **Ernst Graf**  
Auch diesen braven Kollegen werden ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahren **Die Verbandskollegen der Gaberschen Buchdruckerei, Magdeburg.**

Zwei weitere Verluste haben wir zu beklagen, die Seher **Jakob Trummerl**  
**Hans Ramming**  
beide aus Nürnberg. Auch diesen braven Kollegen bewahrt ein ehrendes Andenken **Die Mitgliedschaft Nürnberg.**

In den schweren Kämpfen im Westen erlag einer schweren Verwundung am 26. März unser braver Kollege, der Schweizerdegen **Albert Hornung**  
aus Göttingen. Wir werden dem lieben Kollegen ein gutes Andenken bewahren. **Ortsverein Göttingen (Mittelt.).**

Wiederum erlitt bei den letzten schweren Kämpfen einer der unsrigen, der Schrieffeher **Alfred Schwarze**  
den Heldentod. Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren. **Die Kollegen der „Leipziger Neuesten Nachrichten“.**

In treuer Pflichterfüllung farb am 27. April in den schweren Kämpfen im Westen mein innigstgeliebter Sohn, der Seher **Willi Schumann**  
(siehe bei Hallberg & Wüchling) an den Folgen seiner am 9. April erhaltenen Verwundungen. 1917  
**Georg Schumann, Leipzig-Gonnwitz.**

Bei den schweren Kämpfen im Westen ist am 15. April auch mein einziger Sohn, der Seher **Johannes Kellner**  
Inhaber des Eisernen Kreuzes geboren in Plauen i. S., gefallen. **Emil Kellner, Leipzig-N.**

Wir erhielten die traurige Nachricht, daß unser lieber Kollege, der Seher **Richard Saß**  
aus Leipzig, auf dem westlichen Kriegsschauplatz gefallen ist. 1921  
Ein ehrendes Gedenken bewahren ihm **Die Seherkollegen der Firma Ernst Hedrich Nachf., Leipzig.**

In dem Weltkrieg hat unser Bezirk den Verlust (Einschundzwanzigsten) eines hoffnungsvollen jungen Kollegen, des Sehers **Julius Repp**  
aus Schöffen, zu beklagen. Ein ehrendes Gedenken wird auch diesem Kollegen stets bewahren **Der Bezirksverein Gießen.** 1918

Nach kurzer Krankheit verschied im Krankenhaus in Singen unser lieber Kollege, der Seher **Leo Zimmermann**  
aus Schwyz, im Alter von 60 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. **Ortsverein Singen a. S., Bezirksverein Aopflang.**

Am 3. Mai verstarb nach schwerem Leiden in einem hiesigen Lazarett unser werter Kollege, der Korrektor **Paul Schwarzbach**  
aus Freiberg in Sachsen, im Alter von 35 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Der Ortsverein Wiesbaden, Typographische Vereinigung Wiesbaden.**

Im April fiel im Westen unser lieber Kollege und Mitarbeiter, der Schrieffeher **Mag Wolff**  
Kanonier im 1. Posenischen Infanterieregiment in dem gewaltigen Völkerringen. Ehrend gedankt seiner **Das Personal der Firma Otto v. Holtz, Berlin.**

Am 4. Mai verschied in Konnex a. Rh. unser allverehrter Seniorchef **Herr Kommerzienrat Wilhelm Girardet**  
Der Heimgegangene war uns ein leuchtendes Vorbild des Fleißes und Pflichtbewußtseins. Sein hohes soziales Verstandnis, seine väterliche Fürsorge um das Wohl aller seiner Angestellten sichern ihm für alle Zeiten aufrichtigsten Dank und ein ehrendes Andenken. **Die Verbandsmitglieder der Firma W. Girardet, Düsseldorf.** 1931

Nach längerem Leiden, jedoch unerwartet, verstarb am 6. Mai unser lieber Kollege, der Seher **Emil Jucks**  
aus Stolp, im Alter von 43 Jahren. Seit nahezu acht Jahren verstarb der Verstorbenen die Geschäfte des Reise- und Arbeitsnachwehewerkes für den hiesigen Ort in gewissenhafter Weise. Die Mitgliedschaft Würzburg verlor in ihm einen tüchtigen und vorbildlichen Kollegen, die Verbandschaft einen lieben Freund und Berater, dessen feste Hilfsbereitschaft und kollegialer Sinn ihm ein dauerndes Andenken sichern werden. **Mitgliedschaft Würzburg.** 1943

Nach langem Leiden verschied am 5. Mai unser lieber Kollege, der Drucker **Josef Hlieger**  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Verbandsmitglieder der Firma Julius Sittensfeld, Hofbuchdruckerei, Berlin.**

Am 6. Mai verschied nach schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher **Oskar Bojner**  
im Alter von 60 Jahren. 1937  
Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren **Der Ortsverein Danzig.**

Am 6. Mai verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege, der Schrieffeher **Oskar Bojner**  
nach eben vollendetem 60. Lebensjahre. Mit ihm ist einer unserer Besten dahingegangen. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. **Die Kollegen der Firma H. W. Kufemann, G. m. b. H., Danzig.** 1922

Am 6. Mai entschlief sanft nach langem, schwerem Leiden unser lieber Sangesbruder **Oskar Bojner**  
im 61. Lebensjahre. Er war Mitbegründer des Vereines und gehörte bis zu seiner Krankheit zu den eifrigsten Aktiven. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. **Danziger Buchdrucker-Verband.** 1938

Am 6. Mai verschied nach acht Monate langem, schwerem Leiden, welches er sich infolge einer Verwundung am Hals zu gezogen, unser liebes Mitglied und Sangesbruder, der Seher **Paul Weiser**  
Wir verlieren in demselben einen eifrigen Sangesbruder, der mit Lust und Liebe dem Verein angehörte und durch sein bescheidenes Wesen sich die Sympathien aller erworben. Auch fernerhin werden wir ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. **Breslau, 8. Mai 1918, Verein „Gutenberg“.**

Einen herben Verlust erlitten wir durch den Tod des Kollegen **Nikolaus Mag**  
aus Mähren bei Gorbach (Bohr.). Er starb an veralteter Rippenfellentzündung im Alter von 37 Jahren. Weiter trauern wir über den Tod des Kollegen **Karl Probst**  
aus Schönborn im Taunus. Er farb an den Folgen eines Schlaganfalls im Alter von 57 Jahren. Ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren ihnen **Bezirks- und Ortsverein Mez.**

Am 3. Mai verstarb nach schwerem Leiden in einem hiesigen Lazarett unser werter Kollege, der Korrektor **Paul Schwarzbach**  
aus Freiberg in Sachsen, im Alter von 35 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Der Ortsverein Wiesbaden, Typographische Vereinigung Wiesbaden.**

Im April fiel im Westen unser lieber Kollege und Mitarbeiter, der Schrieffeher **Mag Wolff**  
Kanonier im 1. Posenischen Infanterieregiment in dem gewaltigen Völkerringen. Ehrend gedankt seiner **Das Personal der Firma Otto v. Holtz, Berlin.**

Am 4. Mai verschied in Konnex a. Rh. unser allverehrter Seniorchef **Herr Kommerzienrat Wilhelm Girardet**  
Der Heimgegangene war uns ein leuchtendes Vorbild des Fleißes und Pflichtbewußtseins. Sein hohes soziales Verstandnis, seine väterliche Fürsorge um das Wohl aller seiner Angestellten sichern ihm für alle Zeiten aufrichtigsten Dank und ein ehrendes Andenken. **Die Verbandsmitglieder der Firma W. Girardet, Düsseldorf.** 1931

Nach längerem Leiden, jedoch unerwartet, verstarb am 6. Mai unser lieber Kollege, der Seher **Emil Jucks**  
aus Stolp, im Alter von 43 Jahren. Seit nahezu acht Jahren verstarb der Verstorbenen die Geschäfte des Reise- und Arbeitsnachwehewerkes für den hiesigen Ort in gewissenhafter Weise. Die Mitgliedschaft Würzburg verlor in ihm einen tüchtigen und vorbildlichen Kollegen, die Verbandschaft einen lieben Freund und Berater, dessen feste Hilfsbereitschaft und kollegialer Sinn ihm ein dauerndes Andenken sichern werden. **Mitgliedschaft Würzburg.** 1943

## Wohnungsfragen

### Kommunale Sorgen und Maßnahmen.

„Je länger man eine unausschleibbare Reform verschiebt und hinausschiebt, desto radikaler wird sie schließlich durchziehen“, diese Worte, die der preussische Vizepräsident Dr. Friedberg in den Kämpfen um das preussische Wahlrecht prägte, treffen vollinhaltlich auch für die Wohnungsreform zu. Ihre Notwendigkeit wird schon zu Anfang dieses Jahres brennend geworden. Der „Korr.“ konnte um jene Zeit aber nur berichten, daß es im Reich, in den Einzelstaaten und in den Kommunen mit der Wohnungsfrage nur langsam vorwärtsgehen wollte. Inzwischen ist die Not auf dem Wohnungsmarkt noch mehr gestiegen, aber auch das Erkenntnis ist endlich gekommen, daß es höchste Zeit ist, Reformmaßnahmen einzuleiten. Das Signal dazu gab der bedeutungsvolle Beschluß des Wohnungsausschusses des Reichstags am 20. März d. J., wonach eine halbe Milliarde Mark aus Reichsmitteln für die Wohnungsfürsorge ausgeworfen werden sollte. Die gleiche Summe sollte für den gleichen Zweck von den Bundesstaaten und den Gemeinden aufgebracht werden. Von den Maßnahmen, die bis dahin seitens der Einzelstaaten zur Behebung der Wohnungsnot unternommen waren, berichteten wir bereits Ende März.

Heute liegt es uns ob, ein Bild von der Wohnungsfrage in den Gemeinden zu geben. Die Wohnungsfrage war zwar schon in Friedenszeiten ein Sorgenkind der Stadtverwaltungen, im Krieg aber ist sie unter allen Notstandsarbeiten die schwerste geworden. Nicht allein, daß es an Geldmitteln fehlt, auch sonst waren ihnen die Hände gebunden. Kein Wunder, wenn die Städte die Wohnungsreform so lange auf die lange Bank schoben, wie es nur irgend möglich war. Den Höhepunkt würde die Not ja erst nach Beendigung des Krieges erreichen, sagte man sich. Die bereits in den meisten größeren Städten unheilbar gewordenen Zustände auf dem Wohnungsmarkt erforderten aber eine größere Initiative. Gemeindefürsorge beschäftigten sich der deutsche und der preussische Städtebund mit der Wohnungsnot und forderten zu ihrer Behebung von der Reichsregierung und dem Reichstage dringende finanzielle Beihilfe sowie Maßnahmen zur Wiederbelebung der Bautätigkeit. Sodann hat sich der Reichsverband Deutscher Städte, der etwa 800 Mittel- und Kleinstädte umfaßt, der Deutschen Kriegereinsatzbewegung angeschlossen, die namentlich auf dem Gebiete des Siedlungswesens eine fruchtbringende Tätigkeit entfaltet. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang auch noch die provinziellen und bundesstaatlichen Städteverbände, die sich wiederholt auf ihren Tagungen mit der Wohnungsfrage beschäftigten. In der Gemeindefürsorge hat also die kommunale Wohnungsfürsorge einen regalen Sachverwalter, wenigstens die Angelegenheit darf notwendigerweise mehr Förderung vom grünen Tisch aus erfahren muß.

Vollstündigere Arbeit haben die einzelnen Städte selbst zur Behebung der Wohnungsnot geleistet. Wenn, wie es z. B. in Erfurt der Fall ist, die Stadtväter jedem Monatsende oder Monatsanfang, an denen der Wohnungswechsel sich vollzieht, mit immer steigender Begehrnis entgegensehen, so bleibt ihnen ja auch nichts anderes übrig, als schnellst möglich Hilfe zu schaffen. In welcher Richtung diese zu geschehen hat, liegt auf der Hand. Oberstes Prinzip soll immer bleiben, die Leistungsfähigkeit der Rüstungsindustrie auf der Höhe zu erhalten. Dieses unter Außerachtlassung aller sonstigen Erfordernisse rücksichtslos voranzusetzende Prinzip hat schon viel volkswirtschaftliches Unheil gebracht. Die behördlich angeordnete Einstellung der Bautätigkeit war auch einer von jenen Fehlern, die sich um so schwerer rächen und immer auf Kosten der ärmeren Bevölkerung gehen. Jetzt sind nur wenig Arbeitskräfte und geringe Materialmengen zum Erstellen von massiven Mietshäusern aufzutreiben. In Betracht kommen deshalb bei der Beschaffung neuer Wohnungen nur Notstandsmaßnahmen, wie Um- und Ausbauten größerer Wohnungen in kleineren, Barackenbauten und Fertigstellung stillgelegter Wohnungsbauten und zum Schluß — Auhparnahrung der Dach- und Kellerwohnungen für menschliche Behausungen. Bei letzteren ist leider die Einsicht, ob hygienisch einwandfrei, sehr dehnbar geworden — und das im Zeichen der Bevölkerung!

Wo die Stadtverwaltungen nicht einmal mehr für ihre vornehmsten Familien eine Unterkunft beschaffen können, müssen sie sich natürlich auf jeden Zugang von auswärtigen vom Leibe halten. Magdeburg hat u. a. allen Erstes eine dahingehende Warnung in der Tageszeitung erlassen. Wenn einzelnen Städten in der Wohnungsfrage kein so weites Wasser zum Hals steht, namentlich in den ausgesprochenen Rüstungsgebieten ist das der Fall, kann selbstverständlich von einer vorbildlicheren Wohnungsfürsorge, die sich sorgsam wägend alle neuzeitlichen Erfindungen des Baugewerbes zunutze macht, nicht mehr die Rede sein. Die Hauptfrage ist, ein Unterkommen für die Obdachlosen, und sei es auch noch so dürftig, auf jeden Fall und möglichst schnell zu beschaffen.

Unterstützung finden die Stadtverwaltungen in der Wohnungsfürsorge noch leitens der örtlichen Baugenossenschaften von größeren industriellen Werken, die sich die Anlegung von Arbeiterkolonien angelegen sein lassen, und sodann auch bei den Gewerkschaften. So errichtete in Altenburg das Gewerkschaftskartell in Gemeinschaft mit dem dortigen Konsumverein eine Baugenossenschaft. Sicherlich ein neuer Beweis des gemeinnütigen Wirkens der Gewerkschaften in der Kriegszeit. In Berlin haben in Verbindung mit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte 46 Verbände männlicher und weiblicher Angestellter den Plan der Gründung einer gemeinnützigen Mätiengesellschaft für Angestelltenheimstätten gefaßt, um der immer fühlbarer werdenden Wohnungsnot in der Reichshauptstadt vorzubeugen. Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Groß-Berliner Kleinwohnungsvereins zu Anfang April d. J. wurde betont, daß für Berlin die Gefahr einer Katastrophe auf dem Wohnungsmarkt in bedenklicher Nähe gerückt sei. Man forderte einen Groß-Berliner Wohnungsnachweis für leerstehende Wohnungen mit Medewang und die sofortige Wiederaufnahme der Bautätigkeit zur Bereitstellung neuer Wohnungen. Es liegt im Wesen der genossenschaftlichen Selbsthilfe, daß sie, in allem, was sie tut, sich von Gründen der Zweckmäßigkeit und Gediegenheit leiten läßt. Demzufolge liegt auch bei ihr die Wohnungsfürsorge nicht in den schlechtesten Händen. Von Hausbesitzervereinigungen ist bekanntlich in dieser Hinsicht nichts zu erwarten. Sie waren es auch heute noch, eine Wohnungsnot in Alrede zu stellen. Schämten sich jedoch nicht, kinderreichen Familien immer von neuem ein Dach zu verweigern. Die Vorschläge z. B., die die Leipziger Hausbesitzer ihrer Stadtverwaltung zur Milderung der Wohnungsnot gemacht haben, sind nur selbstthätigen Notizen entsprungen.

Wie stark die Wohnungsnot schon gestiegen ist, erzählt man gelegentlich durch einige Zahlen, die in der Tagespresse die Runde machen. Sie gehen in manden Großstädten schon jetzt in die Tausende. Hamburg gar rechnet für Ende 1918 mit einem Mangel von 26000 Wohnungen. Berlin hat für die drei ersten Friedensjahre einen Bedarf von 100000 neuen Kleinwohnungen. Prozentual gemessen steht es damit in einigen kleineren Städten noch schlimmer.

In vollem Umfange wird man aber die Wohnungsnot erst erkennen können, wenn das Ergebnis der vom Bundesrat in der Zeit vom 15. bis 31. Mai angeordneten Wohnungszählung im ganzen Deutschen Reich vorliegt. Von ihr sollen alle Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von über 5000 erfasst werden. Ein Verdienst ist es da wahrlich nicht mehr, wenn man sich nun von allen Seiten zum Kampfe gegen die Wohnungsnot rüstet. Selbst bürgerliche Blätter beschuldigen die Regierung, nicht ähnliche Zustände wiederkehren zu lassen, wie sie nach 1871 eintraten. Wir glauben, es ist schon zu spät, um eine Wiederholung dieser Dinge nach Beendigung dieses Krieges noch vermeiden zu können. We.

### Die Wiederaufnahme der Bautätigkeit.

Die Errichtung neuer Wohnhäuser ist das erstrebenswerteste Ziel einer planmäßigen Wohnungsfürsorge. Vor dem Kriege sind jährlich ungefähr 180000—200000 neue Wohnungen im Deutschen Reich erbaut worden. Da das Baugewerbe schon einige Jahre vor dem Krieg ins Stocken geraten ist, nimmt man auf Grund sorgfältiger Schätzungen an, daß logisch nach der Wiederkehr des Friedens etwa 750000 neue Kleinwohnungen hergestellt werden müssen.

Um die zur Zeit fast ganz darniederliegende Bautätigkeit in vollem Umfang aufnehmen zu können, ist es notwendig, daß bei der Demobilisierung in erster Linie die im Baugewerbe tätig gewesenen Arbeiter entlassen werden. Zur Förderung der Bautätigkeit nach dem Kriege kann auch eine Eingabe dienen, die vor einiger Zeit der Deutsche Verein für Wohnungsreform und die Kriegswirtschaftliche Vereinigung in Berlin dem Bundesrat und Reichstag unterbreitet haben. Die Eingabe verlangt, daß die Vorbereitung für eine größere Ziegelherstellung rechtzeitig getroffen werden. Sind doch während des Krieges von den rund 10000 deutschen Ziegelfabriken 93 Proz. stillgelegt worden, ungenutzt die 8000 kleineren ländlichen Ziegelfabriken, die ebenfalls nicht mehr arbeiten. Gelingt es nicht, durch Bereitstellung von Arbeitskräften und Zuweisung von Rohlen diese Betriebe sofort nach Friedensschluss in Gang zu setzen, so muß der andauernde Mangel an Ziegelfabriken ein empfindlicher Hemmschub für die Bautätigkeit werden. Auch andre Nebengewerbe zur Beschaffung von Baustoffen liegen jetzt völlig still. Es fehlt an Kalk, an Zement usw. Ihre Produktion muß bald einsetzen, will man nicht die Wiederaufnahme der Bautätigkeit in Frage stellen.

Erfreulicherweise hat sich in jüngster Zeit auch der technische Stab des Kriegsamts entschlossen, mit Rücksicht auf die lange Dauer des Krieges neue Vorschriften über die Regelung der Bautätigkeit zu erlassen. Zwar soll nach diesen neuen Richtlinien auch in Zukunft das Bestreben darauf gerichtet bleiben, die Kriegswirtschaft leistungsfähig

zu erhalten, aber daneben soll in erster Linie der Bau von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden nach Möglichkeit gefördert und die hierzu benötigten Baustoffe freigegeben werden. Auch Umbauten der vorhandenen großen Wohnungen in kleine, Ausbau von Verkaufsläden und Dachböden für Wohnzwecke sollen genehmigt werden. Die Errichtung von Notstandsbauten oder Baracken empfiehlt das Kriegsamts nur dann, wenn die schnellste Befriedigung der Wohnungsnot unbedingt dazu drängt. Die Fertigstellung angelegener, aber vorläufig nicht stillgelegter Wohnungsbauten soll genehmigt werden, wenn die Anforderungen an die beschlagnahmen Baustoffe gering sind. Der Bau von Einzelhäusern und größeren Mietshausbauten soll nur dann befürwortet werden, wenn es sich nicht um Luxusbauten, Villen usw. handelt. Die Kleinwohnungsbauten, Reihenfamilienhäuser, Arbeiterwohnungen sollen mit allen Kräften unterstützt und gefördert werden.

Man kann sich mit den Ausführungsbestimmungen dieser Verordnung nur einverstanden erklären. Sie zeugen von einem weiteren Blick, als bei den Wohnungsreformmaßnahmen anderer Städte. Freilich, in der Zwangslage, in der sich jetzt schon die meisten Städte befinden, müssen sozialpolitischen Rücksichten zurücktreten, was jedoch auch eine Grenze hat. Zum andern ist von der Verordnung des Kriegsamts bis zur Ausführung auch noch ein nicht kleiner Weg. We.

### Der Wohnungsbedarf in den Jahren der Übergangswirtschaft.

Wertvolle Darlegungen sind hierüber auch in einem Vortrage: „Die Wohnungsfrage und die Aufgaben der Übergangswirtschaft“, von dem Königl. Baurat Höpfer in Kassel im November 1917 gemacht worden. Danach würden nach dem bekanntesten Bevölkerungszuwachse vor dem Kriege mindestens für jedes Kriegsjahr 200000 neue Wohnungen gebraucht sein; also insgesamt 800000 Wohnungen, die in den acht Jahren der Übergangswirtschaft nachzubauen wären. Ferner für die Jahre der Übergangswirtschaft, wo voraussichtlich nur eine geringere Volksvermehrung in Frage kommt, können auf jedes Jahr 150000 angenommen werden. Demnach wären in diesem Zeitraum 800000 + 8 × 150000 = zwei Millionen Wohnungen zu beschaffen.

Den Geldbedarf für acht Jahre berechnet Höpfer nach den Durchschnittskosten aller zu schaffenden Wohnungen, die auf 8000 Mark anzusetzen sind, mit 16 Milliarden Mark; eine Summe, die auch nach andern Facetten vor dem Kriege für Wohnhausbauten ausgegeben wurde. Den achtjährigen Bedarf an Baugrund mit Gartenfläche schätzt er für jede Wohnung auf 300 qm, also auf 600 Millionen Quadratmeter oder 60000 ha im ganzen, mit Einschluß der Straßen und sonstigen Freiflächen auf 80000 Hektar. Ferner den Jahresbedarf an Mauersteinen mindestens auf 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Milliarden und 62 Millionen, an Dachsteinen 1 Milliarde, an Zement auf 287000 t, an Kalk auf 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Kubikmeter, angeklüfftem Bauholz auf 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Kubikmeter usw. Ausgeschlossen bei diesen Zahlen ist der Geld- und Baustoffbedarf der Industriebauten und der sonstigen dringend erforderlichen Gebäude, wie Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude usw. Als selbstverständlich wird hier gelten müssen, daß Luxusbauten in diesem Zeitraum nicht aufgeführt werden. G. H.

### Der Reichstag über die Wohnungsnot.

Am 10. Mai ist über das Wohnungswesen im Reichstag verhandelt worden. In ganz seltener Einmütigkeit wurden die vom Wohnungsausschusse vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot aufgegeben und einstimmig angenommen. Dem Reichswirtschaftsamte wurde die Wohnungsfrage übertragen. Das Reich soll 500 Mill. Mk. den Gemeinden gewähren, denen auch bestimmte Maßnahmen zur Ausführung bzw. für die künftige Wohnungsbereitstellung erteilt wurden, u. a. der Bau von Familienbaracken. Die Baustoffindustrie soll bald wieder in Gang gesetzt werden.

In der Debatte wurde an das Wort Friedrich Naumanns: „Kellerwohnungen sind katastrophal“, erinnert und seine Richtigkeit anerkannt. Ein bisheriger Organisationswirrer auf diesem Gebiete beklagte man. Die Mietsfestigerungen sollen schon bis zu 50 Proz. hinaufgegangen sein. In Magdeburg waren am 1. April d. J. bereits 109 Familien mit 499 Personen obdachlos. In Spandau mußten zwei große Schulen zu Wohnzwecken für Munitionsarbeiter hergerichtet werden. Der Kriegereinsatzbewegung wurde Sympathie gezollt, aber betont, daß die Hoffnungen, die man hier erweckt hat, auch erfüllt werden müssen.

Der Leiter des Reichswirtschaftsamts, Freiherr v. Stein, betonte die großen Schwierigkeiten, die zu überwinden sind. Es müsse mit allen Kräften gearbeitet werden. Das Reich wolle sich nicht auf Ratlosige beschränken, sondern auch finanziell eingreifen. Die gesamte Last könne das Reich jedoch nicht tragen, die Gemeinden wie die Bundesstaaten müßten auch das Ihrige tun.

Damit wäre denn der Anfang zu einer Aktiendividende gemacht, die, wie in den vorhergehenden Abschnitten schon gesagt, zu sehr auf die lange Bank geschoben worden ist. Es muß nun um zu größere Energie entfaltet und für den ausgedehnten Zeitraum, auf den sich diese üble Kriegserfahrung erstrecken wird, alles planmäßig vor sich gehen, auch dürfen die gesundheitlichen Rücksichten keinesfalls als nebensächlich behandelt werden.

## Volkswirtschaft

### Rehordabschlüsse und Dividenden.

Die Abschüsse, die von den Aktiengesellschaften gemacht worden sind, übersteigen alles bisher Dagewesene und auch in Kriegsjahren für denkbar. Es stehen aus dem letzten Betriebsjahre lange noch nicht alle Abschüsse zur Verfügung, so daß nur auf einige Beispiele aus dem Jahre 1917 eingegangen werden kann.

Die Zündholz- und Wachsfabriken Union in Augsburg ergielten nach Abzug der Rücklagen 849648 Mk.; es können 30 (i. B. 25) Proz. Dividende verteilt und 468336 Mk. vorgefragt werden. Zwirnerei- und Wachsfabrik Göppingen bei Augsburg einschließlich Vortrag 1833080 Mk. 30 (30) Proz. Dividende und 1233080 Mk. Vortrag. Die „Böhmi“ u. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, deren Ziffern typisch für die Kohlenverfeuerung sind, hatten 76499643 Mk. Betriebsgewinn, wovon nach Abzug von Rücklagen und sonstigen Abschreibungen 43291092 Mk. verbleiben; aus 1916 stehen noch 52482157 Mk. Vortrag zur Verfügung! Dividende trotzdem nur 20 (20) Proz. Metallwerke in Hamburg 808532 (558383) Mk. Reingewinn, 30 (16) Magdeburger Bergwerks- u. G. 2,12 (1,48) Mill. Mk., 30 (4) Kammergarn Schiedewitz 2,40 Mill. Mk. Aktienkapital 1,72 Mill. Mk. Scheidemantel u. G. 5,94 (2,74) Mill. Mk., 30 (12) Zellulosefabrik in Königsberg 25 (12) Proz. in Ludwigshafen 30 (20) Glasfabrik Radeberg 40 (20) Bremer Zulepinnerei verteilte 22 Proz. und 900000 Mk. für Kriegsanleihe (30 und 300000 Mk. in Aktien), wogegen die Arbeiterlöhne sehr niedrig sind. Die Aktionäre von Gußstahl Witten verlangten trotz ihrer 27 Proz., daß das Konto „Arbeiterlöhne“ gestrichlen und der Betrag dafür (500000 Mk.) als Bonus noch zur Verteilung kommt! Die Bismarckhütte hatte bei 22 Mill. Mk. Kapital 45 Mill. Mk. Betriebsüberschub im letzten Jahre. Die Saffier-Rohstoff- und Werkstoffgesellschaft Wachen — zehn Handwerksbetriebe mit 3000 Mk. Kapital und 2000 Mk. Reserven aus erstem Geschäftsjahr — erzielte 840000 Mk. gleich 280 Proz., obendrein aber große Engerheit bezüglich Lohnzahlung; die Kleinkapitalisten verstehen also getreu die großen zu kopieren. Auch die Porzellanfabrik Rosenthal in Selb erzielte roh 5,37 Mill. Mk., rein 1,69 Mill. Mk., 30 (10) Proz. „Dab“ aber stillgelegte Betriebe, wie die Steingutfabrik Sörnewitz bei Meißen roh 483481 Mk., rein 274408 Mk. verbuchen und daraus 12 (6) Proz. verteilen können, geht doch wohl über den Spieß. Das Rietzenunternehmen Friedr. Krupp, dessen Grundstücke und Gebäude nach Abschreibung von 83 1/2 Mill. mit 244 Mill. zu Buche stehen, hatte einschließlich 11 Mill. Vortrag 52 Mill. Mk. Reingewinn. Werkzeuge und Transportmittel sind nur noch mit 2350000 (5400000) eingeleist. Die buchmäßigen Kapitalkwerte, die in Wirklichkeit bedeutend höher sind, betragen 1260365574 Mk., Dividende aber nur 10 (12) Proz. Auch die Vereinigten Papierfabriken in Bautzen dürfen nicht fehlen, sie geben 16 (4) und zahlen auch noch 6 und 24 Proz. für vorausgehende dividendenlose Jahre; Lohnverhältnisse jedoch schlecht. Schriftpapiererei D. Stempel 15 (15) und 35 (15) Proz. Bonus.

Obwohl diese Auflistung ohne weiteres den Schluß zuläßt, daß die Dividenden fast allgemein rapid gestiegen sind, soll doch im folgenden eine Auslese üppiger Dividendenlisten aus 1916 — in ( ) diejenigen des Vorjahres — zum Vergleiche wiedergegeben sein.

### Aber 20 Proz.:

Bergwerks- und Hüttenbetriebe: Arenbergische u. G. in Essen 25 (22), Nassauische Bergwerks- und Hütten- u. G. in Stolberg 22 (16), Braunkohlenwerk Caloline in Döhlen 28 (22), „Eintracht“ in Neu-Wellen 25, Essener König Wilhelm St. 18, B. 23 (12, 17), Magdeburger Bergwerks- u. G. 26 (30), Bergwerks-Gesellschaft Konsolidation in Gelsenkirchen 22 (18), Friedrichshütte 25 (20), „Konkordia“ in Oberhausen 21 (21), Bochumer Verein 25 (25), Siedler Süste 36.

Gießerei, Metallbearbeitung: Verzinkerei und Eisenkonstruktion Rheinbrohl 36, Auerbach & Scheibe 25 (15), Westfälische Metallindustrie in Lippstadt 25 (25) und eine Grasischleife auf zwei), Kachelhof, Draht- und Gabelwerke in Hannover 22, Rawack & Grünfeld in Charlottenburg 22, Gasapparat- und Gußwerke in Mainz 25 und 33 1/2 Proz. Bonus. Siegler u. G. für Eisenkonstruktion 23 (18), R. Fricker in Berlin 30 (30 und 25 Bonus), Soesch, Dortmund 24 (20), Stahlwerk Vindenberg in Remscheid 35, Metallwaren- und Fabradarmaturen in Mehls 32 1/2 (18), Woelber & Co. in Berlin 30 (24), Reichelt in Finsterwalde 25 (20), Linke-Holmann in Berlin 24 (17), Daimler, Unterföhrheim 36 (28).

Maschinenfabriken: Deutsche Gußstahl in Schweinfurt 25 (25), Fabrische Werke Berlin 30 (16), Akkumulatoren-Berlin-Hagen 25 (20), Schubert & Salzer, Chemnitz 25, Adlerwerke Frankfurt a. M. 25 (22), Lindener Stahlwerke 50 (25), Metallwerke Friedrichs-Buffernann 25 (22), Stahlwerk Mannheim 40, Moenus in Frankfurt a. M. 22, Zimmermann in Chemnitz 25 (15), Motoren Oberursel 35 (25).

Chemische Fabriken: Amäburg 30 (38), Vereinigte Chemische Werke in Charlottenburg 45 Proz. auf 3 Mill. Eigenkapital. v. d. Heyden in Radebeul 25 (16), Wessling 25 (18), Chemische Industrie in Mainz 25 (25), Vereinigte chemische Fabriken in Mannheim 27 1/2 (20), Gröschel-Elektro in Frankfurt a. M. 22, u. G. für Anilinfabrikation in Berlin 25, Bayer & Co. in Leverkusen 28.

Nahrungs- und Genussmittel: Gasmagazigaretten Dresden 35, Müller Speisefett in Berlin 22, Kupferberg Mainz 25 (14), Spiritfabrik Berlin 24, Zigaretten Constanin in Hannover 30 (18, 25).

Verschiedene Industrien: Karfionnagenindustrie Dresden 28 (23), Königsberger Zellulosefabrik 22 (12), Petroleumindustrie Korff & Co. in Bremen 35 (45), Schachtbau- u. G. in Nordhausen 25 (25), Sartmann & Braun (technische Apparate) in Frankfurt a. M. 34, Zündholz- und Wachsfabriken Union in Augsburg 25, Alpbach Schölering in Berlin 25 (8), Zylinder- und Kugelwerke in Meissen 30 (20), Uhren, Köhler & Schumann in Kaufmannsholz 30 (12), u. G. für Lackfabrikation in Hamm 25 (10), Farbwerke in Höchst 25, Kontinental in Hannover 30 (30), Norddeutsche Schmelzerei 30 (20), Vakuumöl- u. G. in Hamburg 26 (20), Pomona, Diamantengesellschaft in Berlin 45 (45, 35), Hannoverische Gummi-Erzellier 24 (24), Metallpapier in München 24, Mechanische Zwirnerei Seibronn 25 (25), Deutsche Gardinenfabrik in Plauen 25 (10), Textilwerke und Kunstweberei in Dorf 30 (10), Zehrburger Wollindustrie 20 und 100 Bonus, Erste Aktienspinnerei in Bremen 30 (20), Gerger Spinnerei 22 resp. 16 (36 und 30).

### Von 15 bis 20 Proz.:

Niederläufiger Kohlenwerke in Berlin 15 (15), Bergwerk Dahlbusch in Nordhausen 16, Hüttenwerk Nieder-Schöneweide 18 (16 und 84 Bonus), Königsborn in Anna 15 (10), Kaiser & Co. in Berlin 15 (15), „Siberia“ 15 (11), Kehler & Herrmann, Raguhn 16 (12), Badische Anilin- und Sodaabrik in Ludwigshafen 20 (20), Stoman in Hamburg 20 (15), Gehe & Co. in Dresden 20 (14), Oberflächliche Kohle- und chemische Fabrik in Berlin 17 (17), Chemische Dinger in Rendsburg 15 (10), Papierfabrik Reisholz 20 (10), Deutsche Spinnerei in Meissen 20, Gebhard in Bobwinkel 18 (15), Mechanische Buntweberei Kirchheim 15 (15), Gladbacher Wollindustrie 20 (20), Baumwollspinnerei Hof 20 (20), Gladbacher Textilwerke 15 (12), Mechanische Weberei Siffau 16 (12), Mechanische Weberei Linden 15 (15), Leinwandspinnerei Röhndorf 15 (15), Baroper Walzwerk 20 (13), Magirus, Elm 22 1/2, Auerbach & Scheibe 25 (15), Thomée in Werboth 10 (10), Bing in Nürnberg 20 (18), Oberflächliche Eisenbahnbedarf 15 (10), Dittmann in Warstein 20 (12), Seckmann in Duisburg 15 (13), Rheinische Metallwaren in Düsseldorf 20 (13), Glanzschmiedefabrik Regis 18 (10), „Kirch“ in Berlin 20 (18), „Bauchhammer“ 20 (15), Danabrücker Kupfer 15 (15), „Peipers“ in Siegen 15 (10), Rohwerke Reichenheim 15 (12), „Westfalia“ in Gelsenkirchen 20 (16), Rheinische Maschinen 15, Wolf in Magdeburg-Buchau 15 (10), Vereinigte Schmieröl- und Maschinen in Hannover 20 (16), Eisenwerk und Maschinenbau in Düsseldorf 20 (10), Salzbach in Düsseldorf 20 (12), Harburger Bronze 15 (12), Luß in Darmstadt 15 (10), Magdeburger Werkzeug 15 (15), Seckmann in Duisburg 15 (13), Stöber in Steffin 16 (10), Knorr in Heilbronn 15, Terra-Samenzucht in Alfersleben 15 (10), Brauerei, Spiritus und Preßhese in Karlsruhe 15 1/2 (12), Norddeutsche Spiritwerke in Hamburg 20, Wasser in Dresden 20 (15), Fischwaren, Sauermann in Kulmbach 20, Busch, Optische Industrie in Rathenow 20 (10), Ganz, Leppichhandelsgesellschaft in Mainz 15 (6), Harburger Maschinen 15 (14), Wachs und Ceresin, Schlichtum in Hamburg 20 (10, 14), Delmenhorster Linoleum 18 (14), Porzellanfabrik Trichereuth 15 (11), Ringner in Dresden (Seife, Toilettemittel) 15 (12), Harburger Maschinen 15, Kirch, Glasfabrik in Weiswalder 20 (20, 4).

Scheinbar tote Zahlen, sind sie doch sehr lebendig, wenn man die Not und das Elend in Betracht zieht, was andererseits herrscht. Ein restloses Spiegelbild von den hohen Gewinnen geben sie allerdings nicht. Zumal bei großen Gesellschaften mit niedrigen Dividenden, die diese eines teils so viel wie möglich herunterdrücken, um größere Rücklagen und Abschreibungen zu machen zur Sicherung des Betriebes. Das unkontrollierbare Abbuchungs-, Abschreibungs- und stille Reservenstimm wird nur zu häufig zur steuerlichen Hinterziehung geübt. Andererseits sucht man den Aktionären den Gewinn unauffälliger zugänglich zu machen durch unentgeltliche Verabreichung neuer Aktien oder Kriegsanleihe. Auch Ausgabe neuer Aktien mit sofortiger Gewinnbeteiligung (frei nach Daimler) zum Nennwerte von 100 Mk., die vielleicht einen Steuerkurs von 490 Proz. haben, finden statt. Auf diese Weise helen den Aktionären diese Millionengewinne in den Schob.

Verschiedene solcher „Kapitalerhöhungen“ wurden erst noch kurz vor Inkrafttreten der Bundesratsverordnung über die Genehmigung der Erhöhung des Aktienkapitals der Aktiengesellschaften und G. m. b. H. perfekt gemacht. Da ist es freilich kein Wunder, wenn in allen größeren Städten die Millionäre wie Pilze aus der Erde schießen. In Breslau ist z. B. die Zahl der Personen mit einem Einkommen von über 100000 Mk. in einem Jahre von 130 auf 341 gestiegen!

## Korrespondenzen

Berlin. Am 6. Mai verstarb nach langem Leiden der Mitbegründer des Verbandes: Theodor Falson. Geboren am 17. Januar 1842 in Bahrn, erfolgte sein Eintritt

im Mai 1866 in Berlin. Invalide seit 1914, war Kollege Falson an allen gewerkschaftlichen Bewegungen des Verbandes beteiligt in den Jahren 1868, 1876, 1888 und 1891/92. Wiederholt als Vertrauensmann und Druckereikassierer tätig, war der Verstorbenen stets seinen Kollegen ein leuchtendes Beispiel. Der Verband verliert in ihm ein Mitglied, auf den die Organisation in heiteren und bewegten Tagen mit Stolz blicken konnte. Möge ihm die Erde leicht sein!

Bromberg. Am 1. Juni kann Kollege Gustav Panjegrav in seltener Rüstigkeit auf eine 50jährige Berufstätigkeit zurückblicken. 1854 im Kreise Thörn geboren, trat er 1868 in C. Dombrowski's Buchdruckerei (Thörn) in die Lehre. Nach Beendigung siedelte er in die Bromberger Filiale seiner Lehrdruckerei über, trat 1873 in den Verband ein und faßte 1879 festen Fuß in der W. Wittmann'schen Buchdruckerei, wo er noch heute steht. Die Bromberger Kollegen schickten ihm mit den verschiedensten Ehrenämtern. 1914 konnte der Jubilar sein vierzigjähriges Verbandsjubiläum feiern. Möge ihm nach weiteren Jahren rüstiger Arbeit ein heiterer Lebensabend im Kreise seiner Familie beschieden sein!

Dresden. (Gaumitgliederversammlung am 2. Mai.) Die vollständig dem Verbands beizutretenen Neuausgewählten begrüßte Gaumitglieder Wendische und beehrte sie eingehend über Rechte und Pflichten als Verbandsmitglieder. Bei Beratung der Anträge zur Generalfeststellung erwartet die Versammlung bei den Verhandlungen über den Tarif eine den Verhältnissen entsprechende Lohn-erhöhung. Die Anträge auf bessere finanzielle Unterstützung der Gasse durch die Hauptkasse wurden als vollberechtigt anerkannt. Der Antrag Mannheim zum § 30 des Statuts gab dem Kollegen Gübler Veranlassung, in der Debatte für mehr Mitbestimmungsrecht der Mitglieder auf der Generalfeststellung einzutreten. Bis jetzt seien sie in der Mehrzahl durch Gaumitglieder und Verwalter besetzt, während die große Zahl der im Berufe tätigen Kollegen nicht vertreten sei, worauf besonders unsere schlechten Lohnverhältnisse zurückzuführen seien. Unter Klarlegung der besonderen Verhältnisse unfes Gewerbes sowie den Aufbau des Tarifs wurde vom Kollegen Wendische die Auffassung des Kollegen Gübler widerlegt, daß durch mehr Mitbestimmungsrecht diesen Verhältnissen nicht hätte Rechnung getragen werden müssen. Bis jetzt habe noch jede Generalfeststellung in ihrer Zusammenfassung fruchtbringende Organisationsarbeit geleistet und werde es auch in Zukunft tun. Zu den Anträgen, die Kriegsteilnehmer betreffend, betonte Kollege Steinbrück, daß unter Statut nicht auf den Kriegszustand zugeschnitten werden könne. Die Frage der kriegsbeschädigten Kollegen werde schon jetzt in der kollegialsten Weise erledigt, was Redner durch die im Gau Dresden erledigten Fälle zahlenmäßig bewies. Die große Zahl der Anträge auf erhöhte Unterstützung, sei eine Erscheinung der Zeit, es werde die Generalfeststellung diese Anträge in Verbindung mit der Möglichkeit einer Beitragserhöhung eingehend prüfen müssen. Den ersten Teil des Antrags Stuttgart sowie die Anträge Essen-Würzburg-Erfurt hielt Kollege Steinbrück für empfehlenswert, welcher Ansicht sich die Versammlung anschloß. Vom Vorsitzenden wurde Mitteilung gemacht über unternommene Schritte beim Tarifamt gegen eine Abminderung der hiesigen Innungsprinzipale, den Neuausgewählten nur einen bestimmten Lohn zu zahlen. Diese mit den Beschlüssen des Tarifauschusses und den schönen Reden über das Durchhalten in striktem Widerspruch stehenden Abminderungen fanden allgemein scharfe Mißbilligung. Klagen vor dem Schiedschofe wegen Verweigerung des Abheftschleins, hervorgerufen durch diesen Innungsseitenprung, wurden zugunsten der betreffenden Kollegen entschieden. Es wurde dadurch festgestellt, daß der von den Innungsmittgliedern widerrechtlich verabschiedete „Schäftslohn“ zu niedrig ist.

Essen. (Maschinenlehrevereinigung Gau Rheinland-Westfalen.) Die am 5. Mai am Vorort Essen abgehaltene Generalversammlung war in Anbetracht der heutigen Verkehrsverhältnisse gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in erbornen Worten der im letzten Jahre verstorbenen Führer im Verband sowie der verstorbenen und gesunkenen Mitglieder der Vereinigung, und ehrte die Versammlung deren Andenken in üblicher Weise. Neuausgewählten wurden 13, ausgeschlossenen 3 Mitglieder. Der gedruckte vorliegende Jahres- und Kassenbericht wurde vorgelesen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Wahl des Vorstandes und der Revisoren wurden die bis jetzt tätigen Kollegen per Wahlaktion einstimmig wiedergewählt. Zum Schluß hielt Kollege Büchner (Wiesefeld) einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Tarifliche, technische und andre Zeifragen“, an welchen sich eine regere Diskussion anschloß.

### Verschiedene Eingänge.

„Richts für Buchgewerbe.“ Begründet von Alexander Waldow. Herausgegeben vom Deutschen Buchgewerbeverein. 54. Band. Seit 1/12. Jahrgang 1917. Einzelheft 1,50 Mk. Doppelheft 3 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag des Deutschen Buchgewerbevereins in Leipzig, Poststraße 1.

„Zyngographische Jahrbücher.“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. Heft 3 und 4. 39. Jahrgang. 1918. Preis pro Jahrgang (12 Hefte) 7,20 Mk.

„Die Woche.“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Harig, Nr. 1-5. 4. Jahrgang. 1. Band. Preis jeder Nummer 30 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68.

„Geschäftsbericht über das 19. Geschäftsjahr des Konsum-, Bau- und Sparvereins Produktion in Hamburg.“

„Die Neue Zeit.“ Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Nr. 1-6. 36. Jahrgang. 2. Band. Verlag von F. S. W. Dieb Nachr. in Stuttgart.

„Für die Welt.“ 98. bis 101. Kriegsjahrgang. 24. Jahrgang. Alle 14 Tage erscheint ein Heft zum Preise von 50 Pf. Zu beziehen durch das Deutsche Verlagshaus Bong & Co. in Berlin, Leipzig und Stuttgart.